

## Das Geld des Staates

Der bürgerliche Staat *regiert mit Geld*. Die Sachen und Dienste, die er für sich und die Betreuung seiner Gesellschaft braucht, kauft und bezahlt er wie ein ordentlicher Kunde oder Arbeitgeber. Freilich mit einem Geld, das er gar nicht auf dem ordentlichen marktwirtschaftlichen Weg erworben hat: Als Urheber und Garant, also auch Herr des Rechts auf Eigentum setzt er sich per Recht und Gesetz darüber hinweg und eignet sich nach festen Regeln Teile des privat verdienten Eigentums an, ohne den zur Zahlung verpflichteten Bürgern dafür etwas zu verkaufen oder eine bestimmte Gegenleistung zu schulden. Umgekehrt legt er mit seinem fiskalischen Zugriff seine steuerpflichtigen Landesbewohner aufs Geldverdienen als Zweck, Inhalt und Ergebnis ihrer ökonomischen Betätigung fest: Nur so schaffen sie gesellschaftlichen Reichtum in der abstrakt allgemeinen Form, in der er ihn haben will, um sich seinen Teil davon abzuzweigen.<sup>1)</sup>

- 1) Historisch war es ein großer Schritt bei der Erzwingung kapitalistischen Wirtschaftens, dass der feudale Souverän von Naturalabgaben abging und anfangs, Geldsteuern einzutreiben. Das Geld, das er den Untertanen wegnahm, hatten diese sich erst zu beschaffen. Am Auftrag, für den Verkauf zu produzieren, haben sich die Bauern und Handwerker geschieden. Die Erfolgreichen mauserten sich zu Warenproduzenten und Unternehmern, die Steuern zahlen konnten; die anderen verloren durch die Ablieferungspflicht, der sie nicht entsprechen konnten, ihre Subsistenz. Marx bezeichnet die Merkantilisten als Dolmetscher einer Phase dieses historischen Übergangs: *„Es ist das der Periode der kapitalistischen Entwicklung, die sie darstellen, Adäquate darin (sc. in ihrer Theorie), dass es bei der Verwandlung der feudalen Ackerbaugesellschaften in industrielle und bei dem entsprechenden Kampf der Nationen auf dem Weltmarkt auf eine beschleunigte Entwicklung des Kapitals ankommt, die nicht auf dem sog. naturgemäßen Weg, sondern durch Zwangsmittel zu erreichen ist. Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob das nationale Kapital allmählich und langsam sich in industrielles verwandelt, oder ob diese Verwandlung zeitlich beschleunigt wird durch die Steuer, die sie vermittelt der Schutzzölle hauptsächlich auf Grundeigentümer, Mittel- und Kleinbauern und Handwerk legen, durch die beschleunigte Expropriation der selbständigen unmittelbaren Produzenten... Der nationale Charakter des Merkantilsystems ist daher nicht bloße Phrase im Munde seiner Wortführer. Unter dem Vorwand, sich nur*

Der bürgerliche Staat erzwingt also ein System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, indem er gar nichts plant und organisiert, sondern verfügt, dass seine Rechtssubjekte übers Geld, nämlich die Notwendigkeiten des Geldausgebens und Geldverdienens, *als Privatpersonen voneinander abhängig* sind und bleiben sollen. Ein jeder muss bestrebt sein, *andere als Geldquelle zu benutzen*: Produzenten stehen als Kaufleute in einem Interessengegensatz zu ihren Kunden, deren Bedürfnisse sie zum Geldverdienen ausnutzen; zueinander verhalten sie sich als Konkurrenten, die einander den Zugriff auf die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft streitig machen; und die gesamte Geschäftemacherei lebt davon und lebt dadurch erst so richtig auf, dass die *Arbeit selbst* gleich zweifach als Geldquelle genutzt wird – von geschäftstüchtigen Geldbesitzern und Managern für ihre geschäftlichen Belange gekauft und eingesetzt, von der großen Masse ohne Eigentum, das zum Leben reichen könnte, gegen Geld geleistet. Der materielle Lebensprozess der Gesellschaft beruht auf lauter antagonistischen Verhältnissen und besteht in lauter gegeneinander gerichteten Anstrengungen der Leute, Geld zu verdienen: Dafür steht der Staat mit seinem Gewaltmonopol ein.

Sich selbst legt der Staat damit freilich auch fest; nämlich auf die Aufgabe, eine nationale Ökonomie auf Basis der von ihm zu garantierenden und zugleich von ihm getrennt fungierenden, eben: privaten Macht des Geldes über Güter und Arbeit in Gang zu bringen und mit all ihren Antagonismen und Absurditäten gemäß ihren eigenen Funktionserfordernissen und Erfolgskriterien in Schwung zu halten. Er ordnet sich selber den Sachgesetzen des Geldes unter, die er in Kraft setzt. Wo er sich mit Steuer- und Abgabengesetzen am Privateigentum vergreift, tut er das mit Rücksicht auf die Funktionstüchtigkeit und Ergiebigkeit der alles entscheidenden gesellschaftlichen Geldquelle, nämlich der privaten Bereicherung kapitalistischer

*mit dem Reichtum der Nation und den Hilfsquellen des Staates zu beschäftigen, erklären sie in der Tat die Interessen der Kapitalistenklasse und die Bereicherung überhaupt für den letzten Staatszweck und proklamieren sie die bürgerliche Gesellschaft gegen den alten überirdischen Staat. Aber zugleich ist das Bewußtsein vorhanden, dass die Entwicklung der Interessen des Kapitals und der Kapitalistenklasse, der kapitalistischen Produktion, die Basis der nationalen Macht und des nationalen Übergewichts in der modernen Gesellschaft geworden ist.“ (Marx, Das Kapital Bd. 3, MEW 25, S. 793)*

Unternehmer durch den rentablen Einsatz bezahlter Arbeit. Seine Herrschaftstätigkeit orientiert er an dem Ziel, den in Geld gemessenen Ertrag des nationalen Wirtschaftslebens von Geschäftsjahr zu Geschäftsjahr wachsen zu lassen. Im Sinne dieser Zielsetzung bedient sich die bürgerliche Staatsgewalt für ihre Mittelbeschaffung nicht bloß ihrer Steuerhoheit über ihre Bürger, sondern des privaten Geldkapitals gemäß dessen eigener geschäftlicher Logik: Sie leiht sich Geld, zahlt ihren Gläubigern Zinsen, macht sich so nach den Regeln des von ihr erlassenen Marktrechts dem Privateigentum tributpflichtig – und sorgt zugleich mit ihrer Hoheit übers kapitalistische Geschäft dafür, dass dem nationalen Geld- und Kreditgewerbe nie sein Stoff ausgeht.

### 1. Das gesetzliche Zahlungsmittel<sup>2)</sup>

Unternehmer, Privatleute und die „öffentliche Hand“ selber wirtschaften heutzutage mit einem Geld, das der Staat – resp. eine von ihm autorisierte Instanz, im Euro-Raum die EZB – „schöpft“. Der Staat verdient zwar keins, aber er macht das Geld. Nicht bloß, wie in alten Zeiten, in dem Sinn, dass er aus einem Edelmetall, das im Warenhandel bereits als allgemeines Äquivalent gebraucht wird und mit festgelegten Gewichtseinheiten als Maß des Tauschwertes aller übrigen Waren fungiert, Münzen schlagen lässt und mit seiner hoheitlichen Autorität diesen die Macht zuschreibt, den Tauschwert der Waren zu messen und zu repräsentieren: Das Edelmetall, das lange Zeit kraft staatlicher Prägung den *abstrakten Reichtum* der Gesellschaft, nämlich das der Produktion und Realisierung von Tauschwert entspringende *Recht* eines quantitativ bestimmten *Zugriffs* auf wirklichen Reichtum *verdinglicht* und umgekehrt mit seinem ursprünglichen Warenwert die den Münzen aufgeprägte staatliche Verfügung gewissermaßen gerechtfertigt hat, ist längst aus dem Verkehr gezogen. Im internen Geschäftsverkehr der Nationen und mittlerweile auch zwischen ihnen ist es durch gegenständliche – papierene – Wert-*Zeichen* ersetzt, die auch nicht mehr einen doch noch irgendwo lagernden staatseigenen Goldschatz repräsentieren

- 2) Dieses Kapitel ist eine revidierte Fassung des Abschnitts *I. Die Grundlage des Staatshaushalts: Das „gesetzliche Zahlungsmittel“ – ein politisch garantiertes Kreditgeld* in dem Aufsatz *Der Staatshaushalt: Von der Ökonomie der politischen Herrschaft* in Heft 4-97 des *GegenStandpunkt*.

oder sonstwie „gedeckt“, sondern *selber das Bezeichnete* sein sollen: Sie stehen direkt und absolut für ein Stück gesetzlich garantierter Zugriffsmacht über den in entsprechend denominierten Preisen gemessenen Warenreichtum.<sup>3)</sup>

a)

Mit diesem Gebrauch seiner Hoheit über die ökonomischen Beziehungen zwischen seinen Bürgern und zwischen denen und ihm selbst knüpft der moderne Staat an Errungenschaften der privaten Kreditwirtschaft an, die unter seiner Hoheit zustande gekommen und perfektioniert worden sind.

Schon im kommerziellen Zahlungsverkehr dienen *Zahlungsverprechen* als *Zahlungsmittel*. Nicht nur in der trivialen Form, dass Anweisungen auf vorhandenes Geld anstelle dieses Geldes zirkulieren und im zeitgenössischen Geschäftsverkehr Umbuchungen zwischen Bankkonten die Aushändigung von Bargeld vom Käufer an den Verkäufer ersetzen: Auch die Verpflichtung, zu einem späteren Termin derzeit noch gar nicht verdientes Geld zu zahlen, wird in eine Form gebracht, dass sie wie ein Stellvertreter für vorhandenes Geld von einem Geschäftsmann zum nächsten weitergereicht werden kann; paradigmatisch per Wechsel, nämlich so, dass ein Schuldner, statt seine Rechnung zu begleichen, Zahlungsaufschub gewährt bekommt, dafür eine von seinem Gläubiger vorgelegte Zahlungsverpflichtung akzeptiert, die ein gewisses Entgelt für dessen Entgegenkommen: einen Zins einschließt; mit so einem Papier kann der Aussteller dann seinerseits Zahlungspflichten erfüllen, muss dafür freilich seinen eigenen Gläubiger am zu erwartenden Zinsgewinn teilhaben lassen; und das kann so weitergehen bis zum festgelegten Fälligkeitstermin. Natürlich unterliegt diese Zahlungskette dem Risiko und daher dem Vorbehalt, dass der erste Schuldner am Ende auch

- 3) Diese Feststellung hat bei manchen Lesern des *Gegenstandspunkt* den Verdacht geweckt, damit sollte Marx' Erklärung des Geldes als verselbständigte Existenz des Warenwerts und des Warenwerts als „Ausdruck“ der in den Waren steckenden Arbeitszeit in Abrede gestellt werden. Dieser Verdacht ist schon deswegen verkehrt, weil die schlichte Erinnerung an eine Tatsache, nämlich an die Form, in der das allgemeine Äquivalent heutzutage in die Welt kommt und gegenständlich vorliegt, gar kein Argument ist, schon gar nicht eines gegen die *Erklärung* der Sache.

wirklich zahlt: Ein Wechsel ist für jeden, der ihn übernommen hat, nur das wert, was er von einem Vorbesitzer an wirklicher Geldzahlung herausholen – notfalls herausklagen – kann. Solider und verlässlicher wird die Sache, wenn die Banken sich einmischen, die als technische Agenten des gesellschaftlichen Zahlungsverkehrs ohnehin das Geld der kapitalistischen Welt verwalten. Die führen verdientes, aktuell nicht weiter verwendetes Geld, das sich bei ihnen ansammelt, einer geschäftlich sinnvollen Verwendung zu, indem sie bei ihnen eingereichte Wechsel zu Bargeld machen bzw. – eine folgerichtige nächste Stufe – zu ihrem Geldvermögen hinzuzählen und in der Sicherheit, notfalls auf ihre Barreserven zurückgreifen zu können, ein Guthaben auf das Konto ihres Kunden buchen oder gleich eigene Geldzeichen herausgeben: unverzinsliche zirkulationsfähige *Banknoten*, die jederzeitige Einlösung in wirklichem Geld versprechen.

Mit diesem *Ersatz* von barem Geld durch Buchungsakte und eigene Noten erleichtern die Banken den gesellschaftlichen Zahlungsverkehr, technisch und buchstäblich; aber das ist noch das Wenigste. Sie ersparen dem Kapital die *ökonomische* Last, sein eigentliches Produkt, den am Markt realisierten Tauschwert, in seiner definitiven Geldgestalt real darzustellen und, sei es auch nur momentweise, gegen seine erneute Verwendung festzuhalten. In der Marktwirtschaft geht es nämlich so sehr um die *Vermehrung* des Geldes, dass die Akteure dieser Wirtschaftsweise es glatt als *Abzug* von ihrem Geschäft verbuchen, wenn das alles entscheidende Geschäftsmittel, das sich vermehren soll, unbenutzt herumliegt; und wenn dieses höchste Gut auch noch in Form einer edelmetallischen Geldware festgehalten wird und herumliegt, dann verursacht es mit diesem Zwischenaufenthalt seiner kapitalistischen Gemeinde als ganzer auch noch echte Beschaffungskosten. Beide Ärgernisse nimmt das Bankgewerbe seiner Kundschaft ab, indem es regelmäßig und auf breiter Front das Geld, das die Geschäftswelt erst noch verdienen will, also noch bevor es wirklich verdient, der Verkaufserlös beim Verkäufer eingetroffen oder der geschaffene Tauschwert überhaupt realisiert ist, bereits seiner erneuten Verwendung als Geld hecken-des Kapital zuführt. Der Kapitalumschlag stockt nicht, wo Ware in Geld und Geld in Ware verwandelt werden muss, sondern überholt gewissermaßen sich selbst, und er kann sogar ohne die benötigte Geldsumme in Gang kommen, wenn Zahlungsversprechen als Zahlungsmittel Dienst tun. Sich selber eröffnen die Banken mit dieser

Dienstleistung die Freiheit, sich bei ihrem Wechselgeschäft und bei der Einräumung von Krediten überhaupt von dem Geldbestand, über den sie verfügen – und für den sie selber Zinsen zahlen müssen, soweit es sich um Geld ihrer Kundschaft handelt –, weitgehend zu emanzipieren: Auch wo Zahlungsverpflichtungen einzulösen sind, brauchen sie ihren Geldschatz nicht anzugreifen, können ihn also denkbar gering und müssen sich nicht an seinen beschränkten Umfang halten, wenn sie das meiste per wechselseitige Verrechnung fälliger Forderungen erledigen und ansonsten mit *Kreditgeld* zahlen: mit Banknoten, die auch bei ihnen gar nicht für verdientes und verfügbares Geld, sondern für Geldforderungen aus Leihgeschäften aller Art stehen.<sup>4)</sup>

Das Ganze funktioniert freilich *auf Basis* dessen, dass das kapitalistische Gesamtkunstwerk seinen Gang geht und das Kapital im Großen und Ganzen tatsächlich erfolgreich umschlägt und wächst. Denn seine Macht, diesen Umschlag voranzutreiben oder sogar in

- 4) „Soweit die Bank Noten ausgibt, die nicht durch den Metallschatz in ihren Gewölben gedeckt sind, kreierte sie Wertzeichen, die nicht nur Umlaufmittel, sondern zusätzliches – wenn auch fiktives – Kapital für sie bilden zum Nominalbetrag dieser ungedeckten Noten. Und dies Zusatzkapital wirft ihr einen zusätzlichen Profit ab.“ Die sachliche Grundlage und ökonomische Rechtfertigung dieses Profits liegt darin, dass die fraglichen Noten für die Zwecke des Kapitals so gut wie wirkliches – seinerzeit metallisches – Geld sind und so dem gesellschaftlichen Gesamtkapital Ausgaben für dessen Beschaffung ersparen: „...zwei Drittel aller von diesen“ (sc. durch die „Noten ausgebenden Privatbanken“) „ausgegebenen Noten (für das letzte Drittel müssen diese Banken Metallreserven halten)“ betrachtet der bürgerliche Sachverstand „als ‚Schöpfung von so viel Kapital‘, weil Hartgeld zu diesem Betrag erspart wird. Der Profit des Bankiers mag deshalb nicht größer sein als der anderer Kapitalisten. Die Tatsache bleibt, daß er den Profit zieht aus dieser nationalen Ersparung von Hartgeld. Daß eine nationale Ersparung als Privatprofit erscheint, schockiert gar nicht den bürgerlichen Ökonomen, da der Profit überhaupt Aneignung nationaler Arbeit ist.“ (Marx, *Das Kapital* Bd.3, MEW 25, S. 557) Für die Klärung des Begriffs der Banknote ist das Kapitel über *Das Umlaufmittel unter dem Kreditsystem*, aus dem das Marx-Zitat stammt, allemal nützlicher als eine Banklehre. Sehr illustrativ, was die Geschichte des deutschen Banknotenwesens betrifft, ist immerhin die Festschrift *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975*, Frankfurt am Main 1976, die die Deutsche Bundesbank sich zum 100. Jahrestag der Gründung der Reichsbank gewidmet hat.

Gang zu setzen, entlehnt der Kredit aus der *Macht des Geldes*, das da produziert wird: aus der Produktion und Realisierung des Tauschwertes, den er antizipiert; und was an bankmäßig in die Welt gesetztem Kreditgeld unterwegs ist, ist ein Derivat aus den Kreditbeziehungen, die im Prozess der Kapitalakkumulation allgegenwärtig sind – das Kunststück, mit seinen Kreationen abstrakten Reichtum, neues Eigentum nicht bloß vorwegzunehmen, sondern zu schaffen, ist dem Finanzgewerbe dann doch nicht gelungen. Deswegen funktioniert das Ganze auch nur *solange*, wie das Vertrauen des Publikums in die Zahlungsfähigkeit der Bank nicht erschüttert ist, der Emittent seine Noten nicht zurücknehmen und wirklich auszahlen muss bzw. seine Bargeldbestände für die paar Auszahlungen ausreichen, die er trotzdem zu leisten hat. Denn davon hängt nunmehr alles ab: Sobald die Banknoten nicht mehr bloß den wirklichen Schatz der Bank im Verhältnis 1:1 repräsentieren, sondern ihren eigentlichen Dienst als *Kreditmittel* tun und ein Geld als existent und verfügbar vorstellig machen, das die damit kreditierte Geschäftswelt erst verdienen muss und zur Schuldenbedienung abzuliefern hat, muss der Gang der Bankgeschäfte dann auch dafür sorgen, dass an der Geldqualität ihres Kreditmittels keine Zweifel aufkommen. Willige und *gutgläubige Einleger* sind vonnöten, die mit der Hinterlegung ihres Verdienten den Banknoten-Überbau unterfüttern; vor allem aber *erfolgreiche Schuldner*, die aus ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber ihrer Hausbank, auf deren Rechnung sie wirtschaften und mit deren Banknoten sie zahlen, tatsächlich kapitalistischen Reichtum machen. Nicht bloß für den Bankgewinn kommt es darauf an, sondern für die Haltbarkeit des fiktiven Kapitals, das die Bank vorgeschossen hat, und damit für die Stichhaltigkeit ihres Kreditgelds: der geldgleichen Verfügungs- und Kommandomacht, die ihre Banknoten so vorstellig machen, als wären sie schon der wirkliche abstrakte Reichtum, der damit erst geschaffen werden soll. Der Ersatz von Geld durch private Banknoten bleibt somit immer *vorläufig*. Der Geldwert, den die Noten repräsentieren, ist *relativ*, nämlich kritischen Vergleichen zwischen den Emittenten unterworfen; was, als es das alles noch gab, dazu geführt hat, dass diese Wertzeichen einen regelrechten Kurs bekamen und mit Auf- oder Abschlägen – einem Agio oder Disagio – weitergegeben wurden. Und insgesamt bleibt das Bankkreditgeld *prekär*: Sein Wert insgesamt gerät in Gefahr, wenn sein Urheber, warum auch immer, in Zahlungsnot gerät. Ein Bankrott enteignet nicht bloß die Anleger, die

dem Institut ihr Geld anvertraut haben, sondern entwertet einen Haufen zirkulierender Zahlungsmittel. Natürlich haben die Banken sich gegen einen solchen GAU abgesichert, indem sie untereinander Kreditverhältnisse eingehen und sich wechselseitig im Bedarfsfall mit „Liquidität“ aushelfen. Die Sicherheit hat allerdings ihre Kehrseite: Wenn infolge umfangreicherer Pleiten, fällig gestellter Schulden und aufgelöster Bankguthaben die Geldforderungen für die miteinander verbundenen Kreditinstitute doch zu groß werden, dann ist ein ganzes *Kreditsystem* angegriffen, die gesamte Zahlungsfähigkeit der Geschäftswelt, soweit sie in Form von Banknoten existiert, annulliert und der Geschäftsverkehr auf die paar mobilisierbaren Bargeldbestände zurückgeworfen, von deren Schranken das Bankgewerbe sich und seine Kundschaft doch so gründlich befreit hat.

## b)

Hier setzt die Leistung der staatlichen Zentralbank ein. Mit ihrer Einrichtung wird den Geschäftsbanken das Recht auf die Emission eigener zirkulationsfähiger Zahlungsmittel – von Banknoten eben – entzogen, insofern also eine Einschränkung ihrer Fähigkeit verfügt, unter Berufung auf ihr Passivgeschäft und die guten Aussichten ihrer Aktivgeschäfte jede Menge Kredit zu gewähren und Zahlungsfähigkeit zu stiften, für die sie gar nicht zuverlässig einstehen können; so sollte dem überhandnehmenden Durcheinander zirkulierender Zahlungsversprechen unterschiedlicher Bonität und von entsprechend unterschiedlichem Wert ein Ende gemacht und der Gefahr eines Zusammenbruchs des gesellschaftlichen Zahlungsverkehrs vorgebeugt werden. Dafür werden die Banken auf der anderen Seite umso gründlicher von den Schranken des gesellschaftlichen Geldschatzes – des abstrakten Reichtums in seiner definitiven gegenständlichen Gestalt – freigesetzt, den sie bei sich zentralisieren und als Grundlage ihrer Kreditschöpfung benutzen. Als *ökonomische* Garantie für die private Kommandomacht über Arbeit und Reichtum, mit der sie ihre Schuldner ja immerhin ausstatten, fungiert nunmehr die Staatsgewalt – im Fall des Euro gleich eine ganze Staatengemeinschaft vermittelt der EZB – in ihrer „Eigenschaft“ als Kreditgeber und Geldquelle der Geschäftsbanken. Diese verfügen zur Refinanzierung ihrer Ausleihungen, als Fundus für die definitive Einlösung von Forderungen gegen sich und letzte Sicherheit für die Geldqualität der Kreditsummen, mit denen sie das allgemeine Geschäftsleben anstacheln und ausnutzen, über ein Konto bei der

staatlichen Zentralbank, das ihnen nach bestimmten Regeln Zugriff auf *deren* Banknoten eröffnet; dafür, nämlich zur praktischen Beglaubigung der Seriosität ihrer Schuldenwirtschaft, *müssen* sie umgekehrt einen festgelegten Anteil des Vermögens, das sie auf die Schöpfung fiktiven Kapitals verwenden, hinterlegen. In dem Zentralbankgeld, auf das sie zugreifen dürfen und auf das sie sich beziehen müssen, *besteht* der gesellschaftliche Geldvorrat, den sie als „Liquiditätsreserve“ vorhalten müssen und als Sicherheit brauchen, wenn sie mit ihrer Kreditvergabe die gesellschaftliche Zahlungsfähigkeit steigern.

Mit dieser Bindung an die Zentralbank sind die Geschäftsbanken von den Grenzen und den Unkosten eines als Reserve notwendigen gesellschaftlichen Vorrats an käuflich zu erwerbender edelmetallischer Geldware befreit, und damit ist ihre Macht zur Kreditschöpfung entscheidend *ent-schränkt*. Denn dieses Geldvorratslager ist erstens billig und zweitens unerschöpflich: Mit ihrer Geldschöpfung bezieht sich die staatliche Notenbank nicht auf eine von ihren Machwerken unterschiedene Geldware, und ebenso wenig ist sie für die Geltung ihrer Noten auf realisierten Tauschwert angewiesen, weder auf verdientes, beiseite gelegtes und bankmäßig verwahrtes Geld noch auf Rückflüsse aus den Geschäften, die sie mit ihren Banknoten refinanziert. Zwar richtet eine moderne Notenbank ihren Verkehr mit den Geschäftsbanken ganz nach den Regeln des normalen Bankgeschäfts ein: Sie notiert ihre Notenausgabe als „Passivgeschäft“, soweit dann jemand ihre Banknoten hat, als hätte der Betreffende damit eine offene Geldforderung gegen sie in der Hand, und als „Aktivgeschäft“, insofern sie mit ihren Druckerzeugnissen Forderungen gegen Kreditinstitute erwirbt, und führt darüber eine Bilanz.<sup>5)</sup> Für das Zentralbankgeld, das die Banken für Refinanzie-

- 5) *„Der Banknotenumlauf erscheint als Verbindlichkeit auf der Passivseite der Zentralbankbilanz; Gläubiger sind die jeweiligen Besitzer der Noten. ... Geld in modernen Geldwirtschaften hat Kreditcharakter. ... Zentralbankgeld ist eine Verbindlichkeit der Notenbank. Es entsteht durch Aktivgeschäfte der Notenbank mit Nichtbanken und Geschäftsbanken. Die Zentralbank erwirbt Forderungen, indem sie dem Ausland und den inländischen öffentlichen Haushalten und Banken Kredite gewährt oder von ihnen Finanzaktiva ankauft. Deren Gegenposten schlagen sich in gleicher Höhe auf der Passivseite der Notenbankbilanz in verschiedenen Formen des Zentralbankgeldes nieder.“* (Obst/Hintner, *Geld-, Bank- und Börsenwesen*, 39.Aufl. Stuttgart 1993, S. 6 f. und 25)

rungszwecke abrufen können, müssen sie kommerzielle Wertpapiere bestimmter Güte übereignen oder hinterlegen und Zinsforderungen abtreten oder selber Zinsen zahlen – die „Bank der Banken“ ist nicht dazu da, den Geldkapitalisten ihr Kreditrisiko abzukaufen, sondern soll gelingende Kreditgeschäfte refinanzieren und daran ganz regulär mit verdienen.<sup>6)</sup> Die Banknoten jedoch, mit denen sie Wertpapiere kauft, diskontiert, beleiht oder die sie sonstwie der Geschäftswelt zugänglich macht, sind weder einlösbare Geldzeichen noch – wie privates Kreditgeld – in zirkulationsfähige Form gebrachte Schulden, die durch gelingende Geschäfte erst noch in gutes Geld zu verwandeln wären, sondern die verbindliche Endstation jeder Nachfrage nach gültiger Vergegenständlichung des abstrakten Reichtums der Gesellschaft. Der Geldschatz, den die Noten der staatlichen Zentralbank repräsentieren, *besteht* in gar nichts anderem als ihrem *öffent-*

- 6) Im Zuge der Vorbereitungen auf die europäische Währungsunion und anlässlich des Streits über deren Ausgestaltung hat das allgemeine Publikum Dinge lernen dürfen, für die sich sonst nur Spezialisten interessieren. So z.B. nicht nur, dass Deutschland sich mit den Nachbarn um den zukünftigen Anteil der deutschen Bundesbank an den Notenemissionsgewinnen der europäischen Zentralbank gestritten hat, sondern auch, wie die überhaupt zustande kommen: Es handelt sich um *„Einkünfte aus Vermögenswerten, die sie (sc. die Bank) als Gegenposten zum Bargeldumlauf und zu ihren Verbindlichkeiten aus Einlagen der Kreditinstitute hält. Im Klartext geht es um Geldschöpfungsgewinne der Zentralbanken. Jede Zentralbank macht Gewinne aus dem Umfang und der Erweiterung des Zentralbankgeldes, denn sie verkauft das neue Geld gegen zinsbringende Wertpapiere an die Geschäftsbanken. In der Bilanz der Notenbank stehen diese zinsbringenden Vermögenswerte dem Bargeldumlauf und den Bankeinlagen der Passivseite gegenüber.“* (FAZ, 5.7.1997) Eine moderne staatliche Notenbank nutzt in Vollendung, was Marx an der angeführten Stelle im 33. Kapitel des *Kapital*, 3. Band, zum Profit privater Notenbanken aus der Schaffung fiktiven Kapitals mit Hilfe ungedeckter Banknoten anmerkt, und mit ihrem entsprechenden „Aktivgeschäft“ mit „den inländischen öffentlichen Haushalten“ (siehe die vorige Fußnote) beantwortet sie praktisch seine dort anschließende rhetorische Frage: *„Gibt es etwas Verrückteres, als z.B. die Bank von England 1797 bis 1817, deren Noten nur durch den Staat Kredit haben und die sich dann vom Staat, also vom Publikum, in der Form von Zinsen für Staatsanleihen, bezahlen läßt für die Macht, die der Staat ihr gibt, diese selben Noten aus Papier in Geld zu verwandeln und sie dann dem Staat zu leihen?“* (MEW 25, S. 557 f.)

*lichen Auftrag*: in ihrer Autorisierung durch die Staatsgewalt, Banknoten auszugeben.<sup>7)</sup> Dass die dann alle Geldfunktionen versehen, einschließlich der allerwichtigsten, die definitive Gestalt des gesellschaftlichen Reichtums, nämlich Privateigentum in ökonomisch universell anwendbarer Form zu *sein*, ist daher auch keine bedingte und erfolgsabhängige Leistung – bedingt durch den verdienten Geldreichtum, den die Bank verwaltet, und abhängig vom durch gute Aktivgeschäfte begründeten Vertrauen in die Solvenz des Instituts –; vielmehr ist die Differenz zwischen Banknote und Geld per Gesetz überhaupt getilgt. Die Einheiten, die der Banknote aufgedruckt sind, *sind* das gültige Maß des gesellschaftlichen Reichtums, Maßstab aller Einkommen und Preise, so wie früher die aus Gewichtseinheiten eines Edelmetalls abgeleiteten Münzwerte. Und die Banknoten bezeichnen nicht bloß, sie *sind* das definitive Geld der Gesellschaft, mit dem Zahlungspflichten abschließend zu erfüllen sind.<sup>8)</sup>

- 7) Die politisch verantwortlichen Hüter des nationalen Geldes haben sehr zäh an dem Standpunkt festgehalten, die Ausgabe eines staatlichen Papiergeldes müsste durch eine *Geldware* mit einem eigenen Handelswert, einen wirklichen Gold- und Silberschatz in den „Kellern“ ihrer Nationalbank gerechtfertigt sein; so als hinge die Macht des Geldes tatsächlich davon ab, dass im allgemeinen Äquivalent wirklich so viel gesellschaftlicher Aufwand für materielle gesellschaftliche Bedürfnisse steckt wie in den Waren, deren Tauschwert es vergegenständlicht. Inzwischen haben sie sich zur Lösung des Rätsels, das ihr eigenes Machwerk ihnen aufgibt – wie kann ein so schäbiges Ding wie eine Banknote echten Wert *repräsentieren*? –, eine neue Ideologie zurechtgelegt, die die scheinbar leichtere Frage beantwortet, wie das Zeug seinen aufgedruckten Wert zu *behalten* vermag: *„Inzwischen ist es allgemein akzeptiert, dass es für die Werterhaltung des Geldes weder erforderlich ist noch genügt, die ausgegebenen Noten durch Gold oder Devisen zu ‚decken‘, sondern dass es letztlich auf eine knappe Geldversorgung ankommt.“* (Die Deutsche Bundesbank, *Geldpolitische Aufgaben und Instrumente*, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 7, 6. Aufl. Frankfurt am Main 1993, S. 4 f.) Die nach wie vor vorhandenen Goldvorräte fungieren seither – befreit von der Last, Banknoten ökonomisch zu legitimieren – als schönes staatliches Sondervermögen – und gegenüber dem Ausland nach wie vor als Garantie für nationale Zahlungsfähigkeit. (Dazu mehr in Kapitel 3. dieses Aufsatzes; etwas Knappes zur Ideologie von der Knappheit als Wertgarantie des Geldes in Kapitel 4.)
- 8) *„Die Bundesbank hat allein das Recht, auf D-Mark lautende Banknoten auszugeben (Notenmonopol). Diese Noten sind in Deutschland zugleich*

Indem sie ihn monopolisiert, vollendet die staatliche Notenbank den Kunstgriff des Kreditgewerbes, statt Geld Schuldpapiere als Zahlungsmittel zirkulieren zu lassen, und stellt ihn zugleich auf den Kopf: Sie *stiftet selber das Geld*, um dessen Vermehrung es im – mehr denn je mit Krediten und privatem Kreditgeld beschleunigten und ausgeweiteten – Umschlag des Kapitals der Gesellschaft geht.

c)

Diese Leistung: die Schaffung einer verbindlichen papierenen Geldware durch eine gesetzlich dazu ermächtigte Notenbank, kommt – auf der einen Seite – einem offiziellen Eingeständnis nahe, was es mit dem Inbegriff marktwirtschaftlichen Reichtums auf sich hat. Der Staat macht da gewissermaßen ernst mit der – von Marx vergeblich kritisierten – Tatsache, dass das Geld *bloß* allgemeines Äquivalent und als solches gar kein Teil des wirklichen Wohlstands der Gesellschaft, kein materieller Beitrag zu deren Lebens-, Genuss-, Produktions- oder sonstigen Mitteln ist: Es vergegenständlicht nichts weiter als private *Gewalt über* die Verwendung gesellschaftlicher Arbeit und ihrer Produkte; ein Gewaltverhältnis, für dessen Geltung in der modernen Welt der staatliche Gewaltmonopolist einsteht. Der hat daher auch die Macht, Verfügungen über das Material zu treffen, an dem diese Privatmacht gegenständlich haftet; und die nimmt er wahr, wenn er seiner Gesellschaft die Zettel der von ihm autorisierten Notenbank als den Stoff verordnet, aus dem ihr abstrakter Reichtum besteht. Er erspart seiner Wirtschaft damit endgültig eine gänzlich unproduktive, freilich systemnotwendige Last, nämlich all den Arbeitsaufwand, der sonst nötig wäre – und früher auch geleistet worden ist –, um die Menge an Edelmetall, die für einen gesicherten gesellschaftlichen Zahlungsverkehr unter den Bedingungen eines wachsenden Kreditgeschäfts als Garantie erforderlich wäre, im eigenen Land zu fördern oder aus dem Ausland zu beschaffen; einen Schatz, der doch keinen anderen Dienst tut und gar keinen anderen *Gebrauchswert* hat als eben den, den Widerspruch eines abstrakten Reichtums, Privateigentum in seiner schlagkräftigen Form zu verkörpern. Mit dem Einsatz der Druckmaschinen seiner Zentralbank

*das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel. Jeder Gläubiger einer Geldforderung muss sie in unbegrenztem Umfang als Erfüllung seiner Forderung annehmen.*“ (Die Deutsche Bundesbank, a.a.O., S. 16 f.)

ersetzt der moderne Staat glatt ganze Edelmetallbergwerke: Ohne Umschweife macht er sein *Gewaltmonopol* zur *ökonomischen Sache*.

Damit gibt er freilich – auf der anderen Seite – ein nicht ganz unwichtiges Moment in der Grundgleichung seiner politischen Ökonomie des Eigentums auf, das in seinem bornierten Beharren auf metallischer Geldware als der eigentlichen und einzig wirklichen Darstellung des abstrakten Reichtums der kapitalistischen Gesellschaft ebenso begriffslos wie konsequent festgehalten war. In den aufgestapelten Gold- und Silberbarren steckt tatsächlich *Arbeit* drin, und damit waren sie nicht bloß ein Symbol, sondern eine praktische Gewähr für das politökonomische Sachgesetz, das die Staatsgewalt selber in Kraft setzt: dass die gesetzlich geschützte *Kommandogewalt* des Geldes *über* lebendige und geleistete *Arbeit* *ökonomisch* nicht anders als *durch Arbeit*, aus der Produktion und Realisierung von Tauschwert *entsteht*. Der Aufwand, der nötig war, um dem erwirtschafteten Geldvermögen der Gesellschaft in dem zur Stabilität des Systems für erforderlich gehaltenen Umfang zur Darstellung in Edelmetall zu verhelfen, war so etwas wie die leibhaftige Garantie für die Gleichung, dass Eigentum das Produkt der gesellschaftlichen Arbeit ist, diese also nichts als Eigentum produziert. Die *Verkörperung* dieser eindeutigen Grundgleichung seines ökonomischen Systems in einer metallischen Geldware hebt der Staat auf, wenn er sein gesetzliches Zahlungsmittel von jedem Bezug auf einen redlich erworbenen Edelmetallschatz, also auf *geleistete* wertschaffende Arbeit loslöst.

Die Gleichung selber gibt er damit überhaupt nicht auf. Er bekräftigt im Gegenteil deren Geltung, indem er seine Banknoten nach dem Vorbild des privaten Kreditgewerbes *als Kreditgeld* in Verkehr bringt, also mit der Zweckbestimmung, die *Schaffung* neuen Eigentums durch beschleunigten und ausgeweiteten Umschlag des Kapitals zu (re)finanzieren und durch erfolgreiche Produktion und Realisierung von Tauschwert selber als realer abstrakter Reichtum bestätigt zu werden. Die systemeigene Gleichung von Arbeit und Reichtum wird von dem Bezug auf *vorhandene* Geldware „emanzipiert“, stattdessen an *zukünftige Akkumulation* von Geldwert gebunden: Das ist der politökonomische Gehalt der Vorschrift, nach der die staatliche Notenbank ihre Druckwerke – sei es in Papierform oder in Gestalt von verbuchten Bankguthaben – nur unter der Bedingung herausrücken darf, dass damit einwandfreie Wechsel (re)diskontiert und erstklassige Schulden aufgekauft werden. Ihre Funktion als

*Kreditzeichen* soll die Produkte der Notenbank als *die nationale Geldware*, die sie freilich unabhängig von ihrer kreditwirtschaftlichen Verwendung *sind und bleiben, ökonomisch beglaubigen*: Das ist zwar paradox, aber auch nicht verrückter als das Vertrauen auf gediegenes Edelmetall als gediegene Basis für die Macht des Geldfetischs. Und es ist auf jeden Fall im Sinne der kapitalistischen Zweckbestimmung echten Geldes, nie brachzuliegen, sondern immerzu im Prozess seiner Vermehrung engagiert zu sein, nur konsequent.

In diesem Sinne setzt der moderne Staat mit seinem gesetzlichen Kreditgeld den kompromisslosen *Auftrag* an seine Bankenwelt und über diese an seinen nationalen Kapitalismus in die Welt, kapitalistisch erfolgreich zu wirtschaften; und er stiftet zugleich die eine wirkmächtige Grundlage für die Erfüllung dieses Auftrags, nämlich eine im Prinzip schrankenlos strapazierbare Sicherheit für das System lohnender Kreditschöpfung, das das Bankgewerbe aufzieht: die Garantie, dass das *System „liquide“* bleibt. Der Staat selbst wird so zur *Quelle* des Kredits: Was die Banken sich an Kreditgeschäft leisten und was sie ohne unkalkulierbares Risiko eines Zusammenbruchs ihrer Zahlungsfähigkeit leisten können, beruht insgesamt auf der Freiheit, die das Regime der staatlichen Notenbank ihnen gewährt. Ganz sicher ist sich zwar keine der beteiligten Parteien, ob die Notenbank mit den *Konditionen*, zu denen sie den Geschäftsbanken Geld „zuteilt“, deren Kreditgeschäft mehr lenkt oder mehr mit- und nachvollzieht; fest steht aber auf alle Fälle, dass sie mit ihrer Lizenz zum Notenducken den nationalen Kredit von den Schranken, die seiner Vermehrung durch den Umfang des erwirtschafteten und in den Banken zentralisierten Geldvermögens der Gesellschaft gezogen sind, *emanzipiert*.

Das gesamte freiheitliche Geschäftsleben der bürgerlichen Welt erweist sich damit, seiner Grundlage wie seiner maßgeblichen Zweckbestimmung nach, als *Machwerk staatlicher Gewalt* – was deswegen erwähnenswert ist, weil die „Bereitstellung“ eines gesetzlichen Zahlungsmittels gewöhnlich als unerlässliche Dienstleistung einer staatlichen Behörde angesehen wird. Dass die Zentralbank die Versorgung des Wirtschaftskreislaufs mit einem funktionierenden Umlaufmittel regelt, gilt eher als Bewältigung eines technischen Erfordernisses, als sachgemäßer Beitrag zum Funktionieren des marktwirtschaftlichen Verkehrs denn als Politikum; zu einem solchen wird ihre Tätigkeit erst durch zusätzliche Gesichtspunkte, etwa durch

den Einfluss, den sie – wirklich oder angeblich – auf den Verlauf der Konjunktur oder auf den Haushalt der Regierung nimmt. Es herrscht die Vorstellung, dass da einer Gesellschaft zur Abwicklung von Produktion, Verteilung und Konsum das technische Hilfsmittel abgeht, der Staat diesen Mangel aber behebt, das freie marktwirtschaftliche Treiben *ermöglicht* und seine Bürger mit dem gesetzlich geschützten Geld rechnen und tauschen *lässt* – und diese Vorstellung ist schon ein wenig merkwürdig. Sie geht nämlich locker über den nicht ganz unwesentlichen Umstand hinweg, dass es offenkundig *hoheitlicher Gewalt* bedarf, um „dem Markt“ zum Funktionieren zu verhelfen. Das ist immerhin ein Anzeichen dafür, dass es mit der „Eigengesetzlichkeit“ des Marktes nicht so weit her ist. Seine viel berufenen Sachzwänge treten offenbar gar nicht in Kraft ohne den segensreichen Zwang, den ein politischer Souverän mit seinem Gewaltmonopol ausübt.

Dieser Zwang garantiert freilich nicht, dass die Rechnung auch aufgeht und „der Markt“ die materiellen Erfolge einspielt, die der Geld schöpfende Staat von ihm haben will. Wenn die bürgerliche Staatsgewalt die Sicherheit des *Kreditsystems* gewährleistet, so folgt daraus noch lange kein allseits gelingendes *Kreditgeschäft*; und schon gar nicht bringt sie so das Kunststück fertig, dass die Kredite, die sie selber aufnimmt, für die sie Zinsen zahlt und deren Refinanzierung ihre Notenbank sicherstellt, kapitalistisch produktiv werden, wie es sich für ein gelingendes Kreditgeschäft gehört. Das hat Folgen; am Ende für das Geld des Staates selber.

## 2. Die Staatsfinanzen <sup>9)</sup>

Der moderne bürgerliche Staat steht dafür ein, dass in seiner Gesellschaft Reichtum darin besteht, dass er jemandem gehört; dass Arbeit identisch ist mit Schaffung von Eigentum; und dass der gesellschaftliche Produktionsprozess in letzter Instanz nur ein einziges Wirtschaftsgut hervorbringt, nämlich einen in den Einheiten seines Nationalgelds gemessenen und realisierten Tauschwert. Seine Zentralbank verhilft mit ihren fälschungssicheren Noten einem *Impe-*

9) Dieses Kapitel fasst Überlegungen aus dem Abschnitt *II. Zweck und Mittel des Staatshaushalts – oder: Der Gebrauch von Geld und Kredit durch den „ideellen Gesamtkapitalisten“* des Artikels über den Staatshaushalt in Heft 4-97 des *GegenStandpunkt* zusammen und fügt ein paar Ausführungen zum Thema *Inflation* hinzu.

rativ zum Durchbruch, der ein komplettes *Produktionsverhältnis* etabliert – eben jenes wohlbekannte, in dem alles Arbeiten und Leben dem Geld untergeordnet ist, das immer wem gehört.

a)

Aus der Wirtschaftsordnung, die sie etablieren, erwächst den Höchsten Gewalten auf der einen Seite eine umfangreiche, klar gegliederte *Agenda* – was auf einem durchgesetzten gesellschaftlichen Gewaltverhältnis beruht, das bedarf auch für sein Funktionieren beständiger Interventionen einer übergeordneten Gewalt; und angesichts der immer wieder aufgewärmten Mär von „der Wirtschaft“, die der Staat bloß freisetzt und sich selbst überlässt, auf dass sie unbehelligt von obrigkeitlicher Einmischung ihren ordentlichen Gang geht, ist den Profis von der „politischen Klasse“ für die entsprechende praktische Klarstellung zu danken. Die halten sich mit ihrer Regierungsgewalt nämlich nicht zurück. Dass in der Konkurrenz ums Geld nichts funktioniert ohne flächendeckende Betreuung durch die Staatsgewalt; dass das florierende Geschäft, zu dem das Geld ermächtigt ist und seine Eigentümer befähigt, dauerhafte Unterstützung benötigt; dass die Wirkungen dieses Geschäfts für zahlreiche Bürger gar nicht durchzustehen sind ohne institutionalisierte „Eingriffe“ der Obrigkeit usw. – das alles demonstrieren sie mit ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit ziemlich ausführlich.<sup>10)</sup> Für die benötigen sie auf der anderen Seite eine bedeutende Menge an *Machtmitteln*, die ihre so ausgiebig betreute Gesellschaft hergeben muss; und damit ist der bürgerliche Staat schon wieder bei dem systembildenden Imperativ, den er mit seiner umfänglichen Agenda seinen Bürgern aufherrscht: *Das materielle Mittel*, mit dem er seinen herrschaftlichen Zweck durchsetzt, dessen er sich in allen seinen hoheitlichen Maßnahmen bedient, von dem seine Gewaltausübung also auch abhängt, ist *das Geld*, das in seiner Gesellschaft verdient wird und auf dessen Vermehrung er seine Bürger systematisch festnagelt.

Daran bedient sich die Höchste Gewalt, und zwar erst einmal auf die denkbar schlichteste Weise: mit gesetzlichem Zwang. Sie nimmt ihre Untertanen als Privatleute in Anspruch, die bei aller anerkannten und gesetzlich geschützten Privatheit ihrer Arbeit und ihres Ver-

10) Alles Nähere hierzu ist auf den Seiten 201 bis 216 des angegebenen Artikels im *GegenStandpunkt 4-97* nachzulesen.

mögens doch noch etwas Höheres kennen als ihren aufs Eigentum festgelegten Materialismus, nämlich den Staat als den Ihren, als ihren ideellen, abstrakt frei- und gleichheitlichen, eben: politischen Zusammenschluss. Die bürgerliche Obrigkeit ehrt ihre Landesbewohner als die wahren Subjekte der über sie ausgeübten Herrschaft, indem sie sie alle, ohne Ansehen der Person und ohne Diskriminierung, als opferbereite Privateigentümer zum elementaren Staatsdienst des *Steuerzahlens* heranzieht. Dieser egalitäre Zugriff auf die Gesellschaft als Ensemble Geld verdienender Citoyens – die sich im Gegenzug als radikale Bourgeois gebärden, denen ihr Eigenstes beschnitten wird – verlangt freilich nach einer Anpassung der Steuerlast an die individuelle Leistungsfähigkeit; schließlich bedeuten ein und dieselbe Summe und auch ein gleicher Prozentsatz für verschiedene Mitglieder des nationalen Steuerzahlervereins je nach Einkommen eine unterschiedliche Belastung. Diese tiefe Einsicht in die Dialektik der Gleichheit ist die Quelle unabschließbarer politischer Bemühungen um Steuergerechtigkeit, i.e. um das rechte Verhältnis zwischen gleicher Summe bzw. gleicher prozentualer Belastung und gleicher Last für alle. Die modernen Staaten haben es hierbei zu kunstvollen Systemen des Steuerab- und -einzugs gebracht, die jede Transaktion von Geld mit einer sinnreich bemessenen Gebühr belegen und so das marktwirtschaftliche System des Geldverdienens und -ausgebens mehr oder weniger vollständig nachbilden.<sup>11)</sup>

- 11) Allgemein üblich ist die Erhebung von „direkten“ Steuern auf die Revenue der gesellschaftlichen Klassen und von „indirekten“ auf den Konsum. Dabei achtet der moderne Staat keineswegs bloß auf die Füllung seiner Kasse; er berücksichtigt schon beim Steuereinzug die Agenda, die er damit finanzieren will, handhabt die Verteilung der Steuerlast als Instrument seiner Infrastruktur-, Sozial-, Umwelt-, Agrar- und Wirtschaftsförderungspolitik und etabliert damit Wirkungszusammenhänge, die deren Schöpfer am Ende selbst nicht mehr ganz überblicken, weil sie nämlich immer anders wirken als geplant und die ideologisch feststehenden Wirkungen so selten eintreten. Bei den indirekten Steuern, die den ökonomischen Vorteil haben, für „die Wirtschaft“ nur ein durchlaufender Posten zu sein, gibt es aus sozial-, bildungs- und informationspolitischen Gründen unterschiedliche Steuersätze, außerdem aus Gerechtigkeitsgründen eine Zuordnung gewisser Güterklassen zu so privaten Kategorien wie Luxus und Vergnügen, aus Gesundheitsgründen eine willkommene Sondereinnahme aus dem Verkauf der ideellen Gesamtkrebsursache Tabak, eine Sondersteuer auf das Massen-

Das Steueraufkommen, das bei alledem herauskommt, ist die reale, nämlich staatskassenmäßig praktisch wirksame und insofern einzig objektive periodische Zusammenfassung der privaten Wirtschaftstätigkeit im Land: die *kapitalistische Leistungsbilanz* der Nation. Eben deswegen kann es ein moderner Staat dabei nicht belassen. Der will mit seinen Maßnahmen produktiv in die Zukunft wirken; nicht bloß den Status quo fortschreiben und dafür dessen wirkliche Erträge abwarten, sondern ein Wachstum anstoßen. Über das, was die jeweils vergangene Wirtschaftstätigkeit an verstaatlichtem Überschuss zustande gebracht hat, geht er daher hinaus. Er macht sich vom Steueraufkommen unabhängig und bedient sich des Mittels, mit dem sich schon jedes kapitalistische Unternehmen von den Schranken seines Umsatzes befreit, um für die Eroberung neuer Märkte und Marktanteile fit zu werden: des *Kredits*. Er macht Schulden bei den Geldkapitalisten, gibt denen was zu verdienen, verschafft sich selber finanzielle Handlungsfreiheit – und handelt sich zusätzliche Aufgaben ein: ein paar neue Probleme mit seinem Geld.

## b)

Die Freiheit, die der Staat sich mit Haushaltsmitteln auf Pump verschafft, hat ihren Preis: den *Zins*, den er seinen Gläubigern zu zahlen hat. Dessen Höhe orientiert sich am ortsüblichen „Preis für Geld“ und gibt zugleich ein Maß vor, an dem sich die Kalkulationen privater Geldanleger orientieren können und die Kreditkosten privater Schuldner ausrichten. Mit der Verzinsung setzt der Fiskus aber vor allem für sich selber das Maß fest, in dem er mit einem nationalökonomischen Erfolg seiner Politik rechnet. Er nimmt nämlich damit

konsumgut Mineralöl usw. Die direkten Steuern werden meistens nach Einkommenshöhe prozentual gestaffelt und gleich mit der Maßgabe versehen, dass bei kapitalistisch produktiver Anwendung des verdienten Geldes Abgaben zu sparen sind; eingezogen werden sie je nach Einkommensart auf unterschiedlichem Weg: per Abzug „an der Quelle“ beim „unselbständig“ empfangenen Lohn – ein hübsches Eingeständnis nebenbei, wie sicher sich der Fiskus ist, dass man einer gewissen Klasse das Erworbene gar nicht erst aushändigen darf, wenn davon für die Staatskasse noch etwas zu holen sein soll; per eigenverantwortlicher Steuererklärung im Nachhinein bei „selbständig“ verdientem Geld – da gibt es dann das Problem der Steuerehrlichkeit und ein Arbeitsplätze schaffendes Dauergefecht zwischen den ehrenwerten Berufsständen des Steuerberaters und des Steuerprüfers.

das zukünftige Wachstum seiner Finanzbasis, der Steuern abwerfenden nationalen Ökonomie, nicht bloß vorweg, sondern in vorab festgelegtem Umfang bereits in Anspruch – ganz analog zu einem kapitalistischen Schuldner, der für die Bedienung seines Kredits Teile des Profits verpfändet, den er damit zu erwirtschaften gedenkt. Darüber treten die Steuern, die dem Staat nicht genügen, zu den Schulden, die er deswegen aufnimmt, in ein neues, nämlich umgekehrtes Verhältnis: Die Schulden müssen sich in Gestalt steigender Steuereinnahmen *bewähren*, diese also den staatlichen Schuldenberg einschließlich der darauf zu zahlenden Zinsen *rechtfertigen*. Das Steueraufkommen wird zum praktisch verbindlichen Indikator dafür, ob und in welchem Maß die Vorschüsse der öffentlichen Hand sich in wachsender Kapitalverwertung niedergeschlagen haben; sein Verhältnis zur Staatsschuld wird zum neuen *politischen Erfolgskriterium* des nationalen Kapitalismus.

Praktisch folgt daraus für die Staatsgewalt alles andere als häuslicher Sparsamkeit. Im Gegenteil: Steuereinnahmen, die von einer befriedigenden nationalen Wachstumsbilanz zeugen, sind die beste Voraussetzung für Großzügigkeit bei der Kreditaufnahme; sie beweisen die gestiegene *Verschuldungsfähigkeit* des Gemeinwesens. Umgekehrt tritt mit jeder ungünstigeren Entwicklung der Steuereinnahmen ein wachsender staatlicher *Kreditbedarf* zutage, der auch befriedigt wird; denn ganz offensichtlich hat die Regierung dann ja fürs Wachstum entschieden zu wenig getan und muss mehr dafür tun, also mehr Geld ausgeben, das sie nicht hat. So oder so tendiert die Staatsverschuldung dazu, eher zu- als jemals abzunehmen. Damit schafft der Staat sich zwar neue Notwendigkeiten, belastet nämlich seinen Haushalt mit einem zunehmenden Schuldendienst. Ein modernes staatliches Schuldenmanagement bewältigt dieses Problem aber leicht: Alte Schulden mit neuen zu bezahlen, ist längst zur festen Übung geworden; eine zeitgemäße Haushaltspolitik kalkuliert mit der *Netto-Neuverschuldung* als Richtgröße. So werden staatliche Schulden zu einem dauerhaften, tendenziell wachsenden Bestandteil des modernen Finanzgeschäfts.

c)

Dort zeichnen sie sich vor den Krediten, die den Umschlag des Kapitals voranbringen, durch zwei etwas widersprüchlich zusammenhängende Eigenschaften aus: Sie sind *bombensicher* – und sie sind im kapitalistischen Sinn *unproduktiv*.

Fiktives, ganz real zinstragendes Kapital sind staatliche Schulden für die Kreditgeber; nicht so ertragreich vielleicht wie andere Geldanlagen, dafür so verlässlich wie die verschuldete Staatsmacht und deren Entschlossenheit, ihre Gesellschaft dem Regime der kapitalistischen Geldwirtschaft dienstbar und dadurch nützlich zu machen. Den Kreditinstituten taugen und dienen sie als solide Vermögenswerte, auf die sich Kredite und die Vermehrung zirkulationsfähiger Kreditzeichen – ihres *privaten* Kreditgeldes – gründen lassen, also als wichtige Grundlage und längst unentbehrliches Mittel ihrer Geschäftstätigkeit; die staatliche Notenbank beglaubigt deren Kreditschöpfung auf Basis staatlicher Wertpapiere durch die Bereitstellung und, im Bedarfsfall, die Ausgabe *staatlichen* Kreditgeldes. Diese Schulden sind kein kapitalistischer Vorschuss auf Herstellung und Realisierung von Tauschwert und nicht die Vorwegnahme eines zukünftigen Erlöses, deswegen nicht durch Unsicherheiten des Geschäftsgangs belastet, allerdings auch nicht durch dessen Erträge einzulösen. Es findet kein Wechsel- oder andersartiges Leihgeschäft statt, das gelingen oder schief gehen kann, womöglich sogar betrügerischen Charakter hat, ökonomisch aber auf jeden Fall darauf angelegt ist, den Umschlag eines akkumulierenden Kapitals zu fördern und am erwirtschafteten Profit teilzuhaben. Im Rahmen seines Haushalts verwendet der Staat seine Schulden zur Finanzierung für notwendig erachteter *Bedingungen* der nationalen Kapitalakkumulation, aber nicht als kapitalistische *Geldquelle*. Er *konsumiert*, was er sich *leiht*. Umgekehrt: Er türmt *Kredite* auf, um zu *konsumieren*. Und damit etabliert er einen folgenreichen Widerspruch. Denn das bedeutet: Er *verbraucht* gesellschaftlichen Reichtum und *organisiert* diesen *Abzug* vom Vermögen seiner Gesellschaft *als Zuwachs* von Finanzkapital, also von *Wachstumsmitteln* in den Händen der nationalen Geschäftswelt.

In der Inszenierung dieses Widerspruchs geht der moderne Staat sehr konsequent vor. Er versagt sich ganz ausdrücklich – soweit er es sich nicht doch hilfswiese gestattet ... – den naheliegenden Kurzschluss zwischen seinen beiden Funktionen als Schöpfer des nationalen Geldes und letzter Kreditgeber seiner Geschäftswelt auf der einen, als wichtigster Schuldner seiner Geschäftsbanken auf der anderen Seite. Er *trennt* zwischen hoheitlicher *Geldschöpfung* und fiskalischer *Geldbeschaffung*: Was seine Notenbank an Geld in die Zirkulation gibt, soll unbedingt erst als Kreditmittel fungieren, als kapitalistischer Vorschuss seinen Dienst tun und privates Vermögen

bilden, bevor er es sich ausleiht; gerade so, als wäre sein gesetzliches Zahlungsmittel, frisch von der Druckerpresse weg von ihm als Kaufmittel verwendet, gar nicht wirklich der abstrakte Reichtum, den er braucht und wie er ihn haben will – durchaus bemerkenswert, wie konsequent der staatliche Geldhüter praktisch an der Gleichung von Arbeit und Reichtum festhält, deren Erklärung seine Apologeten ideologisch so erbittert bekämpfen, seit Marx sie geliefert hat. Was der Finanzminister auf der anderen Seite an Staatsschulden in die Welt setzt, also an Kredit schafft, das soll in jeder Hinsicht als Wachstumsmittel wirken: als Finanzmasse für zusätzlichen Kapitalvorschuss in den Händen der Geldanleger sowieso; aber auch als „investive Ausgabe“ in seinem eigenen Haushalt, als eine Art Vorschuss, der durch die Einsparung oder durch die Zunahme von Steuermitteln quasi kapitalistisch eingelöst wird.

Letzteres ist und bleibt freilich eine Fiktion. Alle Verbote der Höchsten Gewalten an die eigene Adresse, ihre Geldhoheit unmittelbar in öffentliche Kaufkraft zu verwandeln, und alle vorgeschriebenen Umständlichkeiten staatlicher Kreditaufnahme ändern nichts daran, dass da Kredit geschaffen wird, der nicht als Kapitalvorschuss ausgegeben wird, und ein Kreditgeld zirkuliert, das seine Macht nicht einem Tauschwert verdankt, dessen Realisierung es antizipiert. Es ist nichts als staatliche Gewalt, was diese Schulden in den Händen ihrer Besitzer zu fiktivem Kapital mit Zinserträgen und die darauf basierenden Umlaufmittel zu Geld macht. Und das ist ein *Verstoß* gegen die eine elementare Bestimmung des abstrakten Reichtums, auf die derselbe Staat doch so gesteigerten Wert legt: das Ergebnis gelungener kapitalistischer Geschäfte, produzierter und realisierter Tauschwert zu sein. Die andere, ebenso elementare Bestimmung des Geldes, verbindliche Kommandogewalt über die gesellschaftliche Arbeit und ihre Produkte zu vergegenständlichen, bleibt davon allerdings unberührt: Was der Staat da wie fiktives Kapital wirken lässt und was kraft seiner Garantie Zahlungsfähigkeit darstellt, das tut seinen entsprechenden Dienst in der Marktwirtschaft. Aus seinen Wertpapieren wird die Basis für mehr Kredit, und mit den von ihm in Verkehr gebrachten Umlaufmitteln wird gekauft und gezahlt – Letzteres sogar noch mehr als Ersteres. Denn mit dem zuschüssigen Geldquantum, das bloß durch unproduktive staatliche Schuldenvermehrung und Geldschöpfung in die Welt kommt, eröffnet sich für die kapitalistische Geschäftswelt, aufs Ganze gesehen, die schöne neue Freiheit, für die Ergebnisse ihrer pro-

duktiven Tätigkeit, den gegenständlichen Reichtum in Warenform, *höhere Preise* zu verlangen. In ihrer Konkurrenz um die vorhandene Zahlungsfähigkeit eignen kapitalistische Kaufleute sich an, was es an Zahlungsfähigkeit, gleich welchen Ursprungs, anzueignen gibt, steigern auf die Art keineswegs jeden Preis, aber insgesamt das nationale Preisniveau; was umgekehrt bedeutet: Das gesetzliche Zahlungsmittel – einschließlich, versteht sich, aller Arten von „Handels-“ und Kreditgeld, die sich darauf beziehen – kauft im Durchschnitt immer weniger; die Einheit, das Maß der Warenwerte, repräsentiert selber immer weniger Warenwert. Das Zentralbankgeld ist und bleibt *das* definitive Geld der Gesellschaft, es gibt kein anderes; aber es ist *das* immer weniger: Im Zeitverlauf an sich selbst gemessen, verliert das *Maß* der Warenwerte an *Wert*, der *abstrakte* Reichtum an *Masse*, die gegenständliche private Verfügungsmacht an Reichweite. Die *Vermehrung* des Geldes, die die Staatsgewalt als Garant seiner Macht, als Schöpfer seines papierenen Daseins und als Nutznießer seiner Kreditfunktion zu verantworten hat, zieht seine *Entwertung* nach sich.

Neu ist ein solcher Effekt nicht. Unter dem Regime einer edelmetallischen Geldware steigert auf der einen Seite jede Ausweitung des Geschäftsgangs den Bedarf an und damit den notwendigen Aufwand für die Beschaffung von solchem Stoff, also tendenziell dessen Wert, so wie ein erleichterter Zugriff auf ergiebige Lagerstätten ihn mindern kann. Auf der anderen Seite ist es alte staatliche Tradition, mit der Prägung eines Stücks Edelmetall zur Münze gar nicht einfach dessen Normgewicht und Gediegenheit zu beglaubigen, sondern einen möglichst großen Überschuss des aufgeprägten Geldwerts über den Metallwert des Geldstücks herauszuschlagen: ein Kunstgriff staatlicher Bereicherung, den die Geschäftswelt seit jeher mit einer Minderbewertung derart verschlechterter Münzen beantwortet. Solche Modifikationen des „Werts des Geldes“, die aus der widersprüchlichen Doppelnatur einer metallenen Geld-Ware folgen, sind mit der Schaffung eines rein zeichenhaften, von Staats wegen als Kreditmittel in Umlauf gebrachten Geldes überwunden – und ersetzt durch eine Relativierung des Geldwerts, die durch die widersprüchliche Doppelnatur eines solchen gesetzlich garantierten Kreditgelds *begründet* ist und durch das Ausmaß, in dem die Staatsgewalt sich mit ihrer Verschuldung dieses Doppelwesen aus Geldware und Kreditmittel zunutze macht, *bestimmt* wird. Auch dieses Geld ist nicht sicher davor, einen tendenziell steigenden Wert zu haben; das aller-

dings gar nicht mehr infolge eines gestiegenen Bedarfs und größerer Beschaffungsprobleme, sondern wenn es von den maßgeblichen Geldbesitzern mangels Geschäftsaussichten gegen die Zirkulation von Ware und Geld festgehalten wird, und das in größerem Umfang, als die staatliche Notenbank frisches Geld in die Zirkulation hineintut. Umgekehrt verliert das Kreditmittel an Wert, wenn der Staat sich, auf welchem Umweg übers Bankgeschäft auch immer, kraft seiner Gewalt Geld beschafft und damit kauft, was er braucht, und zahlt, was er schuldet: Die kapitalistische Geschäftswelt steht nicht an, die von Staats wegen aufgeblasene Zahlungsfähigkeit für eine Bereicherung ohne produktive Gegenleistung auszunutzen, nämlich eben schlicht per Preissteigerung sich anzueignen. So liefert die moderne Inflation den praktischen Beweis: Der abstrakte Reichtum, der im Geld seine definitive materielle Existenz besitzt und um dessen Vermehrung sich in der Marktwirtschaft alles dreht, ist tatsächlich nichts wert ohne die Schaffung von wirklichem Eigentum, über das mit dem Geld verfügt wird. Die unproduktive Aufblähung der gesellschaftlichen Zahlungsfähigkeit durch die Verwandlung von Staatsgewalt in Kaufkraft geht auf Kosten der Geldeinheiten; das *reale* Wachstum des geldförmigen Reichtums der Nation unterscheidet sich vom bloß *nominalen*. Im Extremfall kann sogar die staatlich induzierte Geldentwertung die Wachstumsrate des nationalen Kapitals überwiegen; dann ist das Bemühen der marktwirtschaftlichen Obrigkeit, mit einem kreditfinanzierten Haushalt die Akkumulation in Schwung zu bringen, ganz ins Gegenteil umgeschlagen: in einen Staatskonsum, der die Wachstumspotenzen des nationalen Kapitals aufzehrt.

Wie viel Schaden die Inflationierung eines nationalen Geldes tatsächlich anrichtet, das kommt darauf an. Für viele der kapitalistischen Aktivisten des Systems spiegelt die allgemeine Geldentwertung wider, wie gut ihnen die Steigerung *ihrer* Preise und damit die vermehrte Aneignung des zuschüssigen Geldes gelungen ist. Umgekehrt stellt sich für die meisten die Sache dar, wenn der Kauf von Ware für den weiteren Kapitalumschlag fällig wird; wobei für „die Wirtschaft“ insgesamt immerhin positiv ins Gewicht fällt, dass unter ordentlichen sozialen Friedensbedingungen ihr wichtigster Produktionsfaktor, „die Arbeit“, über längere Perioden an einen festen Preis gebunden ist, um dessen Erhöhung umständlich nachgesucht und gekämpft werden muss. Für den staatlichen Geldschöpfer und -hüter kommt es vor allem darauf an, dass er mit seinem Schulden-

haushalt per Saldo ein flächendeckendes Kapitalwachstum zustande bringt, das den Verfall der Privatmacht des Geldes deutlich übersteigt. Das allerdings muss sein: Die ökonomische Kommandogewalt, die im Geld gegenständlich vorliegt, ist darauf *angewiesen*, und deswegen muss der mit Schulden finanzierte Staatshaushalt auch darauf *angelegt* sein, dass wohltuende Effekte auf die Akkumulation des kapitalistischen Eigentums die unproduktive Aufblähung der staatlich garantierten Kreditgeldware *rechtfertigen*. Denn damit steht die *kapitalistische Tauglichkeit* der Währung auf dem Spiel.

Das Kriterium dafür liefert, systemgemäß, *die Konkurrenz* der Nationen, die mit der Zugriffsmacht ihres Geldes aufeinander losgehen, um sich möglichst einseitig an ihresgleichen zu bereichern.

### 3. Der Währungsvergleich <sup>12)</sup>

#### a)

Alle modernen Staaten machen das materielle Dasein ihres Gemeinwesens und sogar ihre eigene Herrschaftstätigkeit von einem Geld abhängig und einem Geld dienstbar, das sie nach allen Regeln der politischen Ökonomie des Eigentums selber schaffen. Ihre Währung ist der Stoff, auf den alles ankommt; die Materie des Reichtums, von dessen Wachstum überhaupt alles abhängt, das Arbeitgeben wie das Arbeitnehmen, das Privatleben wie der Staatshaushalt. Und mit diesem realen Inbegriff allen gesellschaftlichen Vermögens hat es *an der Staatsgrenze ein Ende*. Er gilt nichts mehr, wo das Machtwort der zuständigen Staatsgewalt keine gesetzliche Verbindlichkeit mehr hat. Was eine Nationalökonomie erwirtschaftet, womit ihre herrschende Klasse die gesellschaftliche Arbeit kommandiert, womit der Staat regiert, wovon die Leute leben: das erweist sich als Machwerk staatlicher Gewalt, das mit deren räumlich begrenzter Hoheit steht und fällt.

Das ist ein Widerspruch, der unbedingt aufgelöst werden muss. Denn so ist es gar nicht gemeint, wenn Staaten ihre Gesellschaft auf die Erwirtschaftung von Geld festlegen: dass sich nur im Innern der Nationen alles um dieses höchste Gut dreht, zwischen ihnen aber

12) Vorlage für dieses Kapitel ist der Artikel *Weltmarkt und Weltmacht, Teil I. Die Konkurrenz der Nationen um den Reichtum der Welt, Kapitel 2. Die Währung und ihr Wert*, Abschnitt a) bis c), in *GegenStandpunkt* 3-06.

eine andere Definition von Reichtum gelten sollte. Die private Verfügungsmacht über Güter und Arbeit, die im nationalen Geld gegenständig existiert, gilt nach dem Willen des Staates, der sie gesetzlich garantiert, *absolut*; sie ist nicht bloß Teil eines internen Regelwerks, sondern der in jeder Hinsicht *uneingeschränkt* und *ausschließlich* gültige Inbegriff materiellen Reichtums. Eine Staatsgewalt, die nicht bloß ihren Bürgern Gelderwerb und -vermehrung als Existenzmittel und -bedingung vorschreibt, sondern sich selber als regierender Haushälter ihres Gemeinwesens an diese Vorschrift hält, so als wäre sie ihr selber quasi objektiv vorgegeben, die besteht darauf, dass das Geld, das sie verantwortet, *Reichtum schlechthin ist* und deswegen weltweit als solcher Anerkennung finden muss.

Der Haken ist freilich: Das, was jede Staatsgewalt für ihr eigenes Machwerk machtvoll dementiert – eben: dass die „Natur“ ihres gesellschaftlichen Reichtums auf nichts als ihrer gewaltsamen Verfügung über den materiellen Lebensprozess ihrer Bürger und der Bereitstellung eines Instruments privater Verfügungsmacht beruht –, das „durchschaut“ sie bei jeder anderen. *Fremdes* Geld erkennt sie erst einmal gar nicht als *Geld* in dem anspruchsvollen Sinn an, in dem sie ihr eigenes anerkannt haben will. Was andere Herrschaften als gesetzliches Zahlungsmittel in Verkehr bringen, ist für jede souveräne Staatsgewalt erst einmal nicht mehr als ein bunter Zettel; bestenfalls ein *Geldersatz*; ein *Geldzeichen*, das auf alle Fälle der Beglaubigung durch eine irgendwie dahinter stehende wirkliche, nämlich auch von ihr als vollgültig anerkannte *Geldmaterie* bedarf.

Das soll andererseits unbedingt sein: Staaten, die über eine kapitalistisch produzierende Gesellschaft gebieten, verlangen voneinander eine ökonomische Garantie für die internationale Gültigkeit ihres jeweiligen Geldes. Denn dass und wie jenseits ihrer Grenzen gewirtschaftet wird, ist ihnen alles andere als gleichgültig. In aller Welt entdecken sie Ressourcen, Märkte, Geldquellen, die ihre einheimischen Unternehmer gut gebrauchen können und sich erschließen sollen. *Am* und *im Ausland* soll eine moderne Nationalökonomie ein Geld verdienen, das die Grundlagen und die Potenzen ihres Wachstums erweitert und stärkt. Dazu müssen die zuständigen Souveräne darauf bestehen, dass ihr eigenes Geld auswärts als Geschäftsmittel Anerkennung findet, ebenso aber darauf, dass die auswärtigen Partner für ihre nationale Währung, also dafür geradestehen, dass es sich lohnt, deren Geld zu verdienen: dass mit jeder Summe, die aus ihrem Land herausgeholt wird, auch wirklicher Wert übertragen

wird; dass echter und haltbarer abstrakter Reichtum aus ihrer Nation ab- und in die Nationalökonomie des anderen Staates hinüberfließt.

So stehen die staatlichen Geldschöpfer also einander gegenüber: mit dem Anspruch auf Anerkennung ihrer eigenen Währung; grundsätzlich kritisch und zugleich unbedingt fordernd, was die Anerkennungswürdigkeit fremden Geldes betrifft, nämlich dessen absolut uneingeschränkte Geltung als vergegenständlichte Verfügungsmacht über Waren und Arbeit. Ein Kompromiss tut not und ist auch allemal zu finden. In den noch gar nicht so lange zurückliegenden Zeiten, als die herrschenden Instanzen ihr eigenes selbstgeschaffenes Zahlungsmittel noch als *Geldzeichen* deklariert haben, als Zahlungsanweisung, ausgestellt auf das von der staatlichen Notenbank gehortete, von allen aufgeklärten Nationen als Geld-Ware geschätzte Edelmetall, war als Gegenleistung für die Anerkennung fremder Währung ein wirkliches Recht auf Zugriff auf diesen Staatsschatz verlangt; die internationale Einigkeit über den stofflichen Fetisch, an dem die Macht des Eigentums haften sollte, und eine – mit allerlei Kautelen ausgestattete – Auszahlungsgarantie waren die Grundlage für den Tauschhandel mit nationalen Papiergeldern. Über den Rekurs auf Gold oder Silber sind die Staaten bei der Bewirtschaftung ihrer heimischen Gesellschaft wie im Verkehr untereinander mittlerweile hinaus. Sie lassen intern keinen Unterschied zwischen den Noten ihrer Nationalbank und wirklichem Geld gelten, verlangen nach außen hin von ihresgleichen die im Prinzip bedingungslose Anerkennung ihrer Währung als Geld *sans phrase*, bestehen umgekehrt jedem anderen Souverän gegenüber darauf, dass der sein Geld für jeden auswärtigen Interessenten als Geschäftsmittel zur Verfügung stellt und garantiert, dass damit der abstrakte Reichtum seiner Nation uneingeschränkt abgeholt werden kann. Und man hat sich geeinigt: Für die Währung einer jeden kapitalistischen Nation gilt im Grundsatz, dass sie *konvertibel* sein soll, gültige Variante ein und derselben universellen Privatmacht des Geldes, in nationalen Einheiten gemessen und benannt. Der *prinzipielle Vorbehalt* der staatlichen Geldhüter gegen die Geldmaterie ihrer Partnerländer ist damit freilich keineswegs aus der Welt. Die wechselseitige Zusicherung, dass sie es mit ihrer Valuta kapitalistisch toderntst meinen, schließt die wechselseitige Verpflichtung der Staaten ein, dem universellen Verfügungsrecht, das ihre Geldzettel repräsentieren sollen, in der Weise Genüge zu tun, dass sie die Umtauschbarkeit ihrer

Währung in jede andere Sorte Geld nicht nur formell und im Prinzip gewährleisten, sondern materiell dafür einstehen. Für diese Garantie haben – im Grunde wie in edelmetallischen Zeiten – ihre Nationalbanken mit einem sachgerecht dimensionierten Vorrat an Devisen zu sorgen: einem Schatz, zu dem nach wie vor, auch nach seiner Degradierung von der definitiven Geldware zum leicht liquidierten Sachwert – seiner „Demonetarisierung“ –, angesammeltes Gold gehört.

**b)**

Das Einvernehmen über die Konvertibilität der nationalen Gelder vorausgesetzt, bleibt festzulegen, in welchen Proportionen die landesspezifischen Geldeinheiten einander gleich gelten sollen. Das treibt Geschäftswelt und Politiker heftig um; denn daran entscheidet sich sehr viel: ob die Preiskalkulation kapitalistischer Produzenten und Kaufleute noch aufgeht, wenn sie als Exporteure im Ausland zur Konkurrenz antreten; inwieweit den Importkaufleuten ihr Geschäft durch den Währungswechsel leicht oder schwer gemacht wird und umgekehrt einheimischen Produzenten das Konkurrieren mit Importware; ob – alle sonstigen Bedingungen als gegeben vorausgesetzt – eine Kapitalanlage im Ausland mit seiner anderen Valuta sich lohnt resp. das Inland für investitionswillige Eigentümer fremden Geldes attraktiv ist; wie es überhaupt um den kapitalistischen Reichtum der Nation und dessen Wachstumspotenzen steht, wenn anstelle des Maßstabs der heimischen Währung die Messlatte eines anderen Geldes an ihn angelegt wird; und vor allem: ob, in welchem Maß und auf welchen Wegen es der Nation gelingt, sich an ausländischen Geldquellen zu bereichern. In allen diesen Punkten treffen lauter unvereinbar entgegengesetzte Konkurrenzinteressen aufeinander: Für den Export ist es günstig, wenn der Wechselkurs es gestattet, auswärtige Konkurrenten in deren Währung zu unterbieten und trotzdem in eigenem Geld anständige Profite zu machen, wenn er also beim Verkauf in einem fremden Währungsraum wie eine allgemeine Preissenkung wirkt. Importeure – und z.B. alle, die für ihr Geschäft Energie- und andere Rohstoffe auswärts einkaufen müssen – wünschen sich genau das Gegenteil, nämlich eine Parität, die die Zugriffsmacht auf fremde Ware zu einem Preis in fremder Valuta automatisch vergrößert. Genau das ist auch verlangt, wenn Unternehmer mit ihrem Kapital ins Ausland gehen und dort vor allem Arbeitskraft billig kaufen wollen. Für den Kapitalimport wiederum,

der bekanntlich Arbeitsplätze im eigenen Land entstehen und nur unrentable zugrunde gehen lässt, ist es von Vorteil, wenn auswärtige Investoren allein aufgrund der Währungsrelation ein im Vergleich zu ihrem Heimatstandort billiges Preisniveau vorfinden. Und so weiter. Die „Ermittlung“ des passenden gemeinsamen Nenners, auf den der Wechselkurs all diese ehrenwerten Bedürfnisse bringt, wird dadurch nicht einfacher, dass der Gebrauch des nationalen Geldes als Finanzmittel durch den Staat und das daraus resultierende Verhältnis zwischen wirklichem kapitalistischem Wachstum und bloßer Aufblähung des Umlaufmittels, üblicherweise mit der Folge allgemeiner Teuerung, bei gegebener Parität der nationalen Wert-Maße die Relationen zwischen den nationalen Preisniveaus laufend verschieben: Ausgerechnet eine hohe Inflationsrate, die von einem tendenziellen Misslingen eines die Staatsverschuldung rechtfertigenden nationalen Wachstums zeugt, verbilligt Importe und erschwert heimischen Anbietern ebenso wie der Exportwirtschaft Wachstumserfolge; ein vergleichsweise stabiler Geldwert, der nicht notwendiger-, aber immerhin möglicherweise die Konsequenz einer erfolgreichen staatlichen Kredit- und Wachstumspolitik ist, kann Importe verteuern und Kapitalexport erschweren, dafür aber für auswärtige Geldbesitzer eine Kapitalanlage interessant machen und dem Export nutzen – jedenfalls solange der Wechselkurs nicht „angegli-chen“ und die relativ stärker inflationierte Währung niedriger, die stabilere höher bewertet wird... Auf jeden Fall ist mit dem Konsens der nationalen Hoheitsträger über ihre wechselseitige Anerkennung als im Prinzip gleichermaßen verantwortungsvolle Schöpfer eines kapitalistisch anzuwendenden Geldes ein Streit innerhalb der Nationen wie erst recht zwischen ihnen um die wechselseitige Bewertung der allesamt für konvertibel erklärten Währungen eröffnet; nicht selten sind von den Zuständigen für ihren Hoheitsbereich eigene, von den entsprechenden Festsetzungen anderer abweichende Kursverhältnisse und auch unterschiedliche Wechselkurse für verschiedene geschäftliche Zwecke dekretiert worden; und wo man sich auf einen gemeinsamen Nenner geeinigt hat, bleibt der nie unbestritten.

### c)

Die praktische Internationalisierung des Geldes, die tatsächliche „Konversion“ der konvertiblen Währungen – Entgegennahme auswärts eingenommener Devisen und Gutschrift des entsprechenden

Gegenwerts in den landesüblichen Einheiten, Beschaffung und Verkauf von Valuta für Auslandsgeschäfte – fällt ins Metier des *Geld- und Kreditgewerbes*. Das hat ohnehin das Geld der Gesellschaft bei sich konzentriert, hat in jeder nennenswerten Transaktion seine Finger drin und nutzt das als Basis für die Schöpfung von Kredit, die Kreditierung der Geschäftswelt und die Indienstnahme des Geschäftsgangs aller anderen für seinen Geschäftserfolg. Ist die Anerkennung einer auswärtigen Währung von Staats wegen verfügt und garantiert, so steht die Branche nicht an, auch ausländisch denomierte Zahlungsmittel, Forderungen und Verbindlichkeiten vorurteilsfrei als Geld und Kreditmittel zu verwenden: im Dienst des grenzüberschreitenden Geschäfts, als Teil des eigenen Geschäftsgangs. Und es dürfte nicht das kapitalistische Geld- und Kreditgewerbe sein, wenn es aus dem Gebrauch fremden Geldes nicht so gleich ein Extra-Geschäft und aus dem Extra-Geschäft einen kompletten neuen Geschäftszweig zu machen verstünde.

Das fängt ganz unscheinbar damit an, dass die Geldhändler auf Basis der Wechselkurse, die die zuständigen staatlichen Geldschöpfer und Währungshüter festlegen, Geldsummen in entsprechende Summen anderen Geldes umtauschen und sich diesen schweren Dienst mit einer Gebühr vergüten lassen. Damit leisten sie bereits mehr als die Bedienung des einzelnen Kunden: Sie sammeln Angebote und Bedürfnisse, stellen mit ihrem Tauschhandel aggregierte Größen her, eine Gesamtnachfrage nach heimischer Währung auf der einen, nach diversen ausländischen Devisen auf der anderen Seite; und aus der geschäftsmäßigen Gegenüberstellung dieser Größen ziehen sie in denkbar schlichter Geldgier ihre ersten praktischen Schlussfolgerungen. Manche Währungen kommen in großer Menge herein und gehen auch wieder in großer Menge hinaus. Mit denen zu handeln, lohnt sich schon bei geringen Auf- bzw. Abschlägen: Bestände zu horten ist gerade so gut wie eine Einlage in heimischem Geld; sie taugen für Leihgeschäfte in jeder beliebigen Währung, denn im Bedarfsfall sind sie leicht und schnell in jedes verlangte Zahlungsmittel zu verwandeln. Devisen, die massenhaft benötigt werden, aber nur spärlich hereinfließen, erlauben und erfordern eine größere Preisspanne zu Lasten des Kunden: Das Verlangte kann ja nicht aus dem Durchfluss durch die Devisenkassen der Bank genommen, sondern muss von ausländischen Partnern gekauft oder geliehen werden. Wenn das mit verschiedenen oder gar allen Devisen so ist, wirft das aufs eigene Geld kein gutes Licht: Offenbar ist es überhaupt zu

wenig gefragt. Je stärker und einseitiger umgekehrt die Nachfrage auswärtiger Kunden und Geschäftspartner nach eigener Währung, umso größer der Spielraum, sie teuer abzugeben; das spricht rein geldhandelstechnisch für deren Qualität. Mit Geldern schließlich, die hereingereicht, aber gar nicht nennenswert nachgefragt werden, lässt sich außer beim Ankauf zu niedrigem Preis gar kein Geschäft machen: Als Sicherheit für Kreditschöpfung und Kreditmittel sind sie nicht geeignet; der Geldhändler muss zusehen, dass er einen Abnehmer dafür findet; den Umstand stellt er dem Kunden in Rechnung. Und so weiter.

Mit den Angebots-Nachfrage-Verhältnissen, die sie herstellen, treten die dienstfertigen Devisenhändler in ein kritisches Verhältnis zu den Notenbanken, deren Produkte sie gegeneinander austauschen, und zu den Währungshütern, die mit gesetzlicher Vollmacht die Wechselkurse festlegen. Wenn zu der vorgeschriebenen Parität beständig und in großer Menge heimische Währung in fremdes Geld umgetauscht werden soll und selber gar nicht gescheit nachgefragt wird, dann muss die zuständige Notenbank im Sinne ihrer Haftung für die Konvertibilität ihrer Erzeugnisse ihre Devisenreserven plündern und steht vor dem Problem, wie lange sie den Abfluss nationalen Geldvermögens in Gestalt fremder Währung, das sie gehortet hat und verwaltet, noch durchhalten will und kann; die zum Geldhandel ermächtigte Geschäftswelt macht ihr jedenfalls praktisch klar, dass die nationale Währung zu teuer und „in Wirklichkeit“ viel weniger wert ist, als der offizielle Wechselkurs vorgibt. Wenn umgekehrt das Geldhandelsgewerbe sich mit auswärtigen Geldern vollsaugt und das Erworbene in großen Massen an die eigene Notenbank weiterleitet, auf der anderen Seite gar nicht genug an heimischen Zahlungsmitteln für den Bedarf seiner Devisenkundschaft herbeischaffen kann und den nationalen Geldschöpfern immer mehr von ihren Druckerzeugnissen abfordert, dann kommen die währungspolitisch Verantwortlichen um die Einsicht nicht herum, dass sie ihre Valuta „unter Wert“ verkaufen, nichts als offenkundig minderwertige Devisen dafür einsammeln, letztlich also Geld verschenken. Natürlich gibt es in dem einen wie dem anderen Fall wichtige Nutznießer der gegebenen Verhältnisse und gewichtige Interessen in der nationalen und internationalen Geschäftswelt, nichts daran zu ändern. Für die politischen Instanzen schaffen die Devisenhändler aber allein durch ihren Geschäftsgang einen Sachzwang zu Korrekturen am vorgeschriebenen Wechselkurs – und damit für sich

eine neue Geschäftsgelegenheit der höheren Art: Sie *spekulieren* auf die Korrekturen, die sie für fällig erachten; d.h. sie kaufen auf eigene Rechnung, mit eigenem oder geliehenem Geld, jedenfalls ganz unabhängig von den Außenhandelsgeschäften, denen sie mit ihrem Tauschhandel zu Diensten sind, „unterbewertete“ Devisen und verkaufen massenhaft Valuta, die sie für „überbewertet“ halten, allein zu dem Zweck, von den erwarteten Kursänderungen zu profitieren. Damit potenzieren sie den Druck auf die zuständigen Währungspolitiker, genau diese Korrekturen auch vorzunehmen. So kriegen die Staaten, die sich auf Kapitalismus festgelegt, ihre Gelder konvertibel gemacht und den Tauschhandel damit freigegeben haben, die angemessene Rückmeldung: Das Spekulationsgeschäft, das sie mit ihrer Lizenz in Gang gesetzt haben, nötigt sie zur beständigen Anpassung der Bewertungsverhältnisse zwischen ihren Währungen.

Aus den Drangsalen, die das Hin und Her zwischen den Sachzwängen des internationalen Geldmarkts, den politischen Kalkulationen der betroffenen Staaten und den widerstreitenden Interessen der jeweiligen heimischen wie der internationalen Geschäftswelt für sie bedeutet, haben die maßgeblichen Welthandelsnationen sich mit einem radikalen Schritt befreit: Sie haben beschlossen, die Festsetzung der Paritäten gleich den Devisenhändlern zu überlassen, die mit dem An- und Verkauf ihrer Gelder Geld verdienen. Wenn letztlich sowieso das von den Spekulanten hergestellte Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot über die Wechselkurse entscheidet, dann braucht es eine diesbezügliche Vorgabe von offizieller Seite offenkundig nicht mehr; dann widerspricht es im Gegenteil der ökonomischen Logik, der freigegebenen Konkurrenz der Geldbenutzer und Geldhändler das Ergebnis ihrer Geschäfte vorschreiben zu wollen: Mit diesem Standpunkt und dem Entschluss, ihre Währungen freigegegnenander „floaten“ zu lassen, haben die staatlichen Geldhüter das einschlägig engagierte Finanzkapital für die wechselseitige Bewertung der Maßeinheiten des nationalen Reichtums und damit für dessen relative Gesamtbewertung verantwortlich gemacht. Freilich haften ihre Notenbanken nach wie vor mit ihrem Devisenschatz für die Konvertibilität ihres Geldes; nun allerdings zu den Bedingungen, zu denen das dazu ermächtigte Finanzgewerbe mit seinen An- und Verkaufsstrategien und -manövern sie in Anspruch nimmt. Und indem es das tut, konfrontiert es die Staaten mit einer *Bilanz* ihrer nationalen und grenzüberschreitenden Geschäfte, die entscheidende Bedingungen für deren *Fortgang* setzt.

d)

Die erste Bilanz, die „die Geldmärkte“ in der begriffslosen Form einer durch ihren Geschäftsgang zustande gebrachten Währungspartitüt für die Nation, deren Geld sie so bewerten, aufstellen, betrifft deren grenzüberschreitenden *Warenhandel*. An dem mögen die kapitalistischen Produzenten und Export-Import-Kaufleute so viel verdienen, wie sie können: Im Tauschhandel mit dem Geld, das sie auswärts verdienen und ausgeben, summieren sich die Konkurrenzfolge und -niederlagen der heimischen Firmenwelt *für die Nation* zu einem Zu- oder Abfluss von abstraktem Reichtum. *Positiv* nicht bloß in einem technischen, sondern im ökonomischen Sinn ist eine Handelsbilanz eben nicht, wenn eine Nation sich mit den Produkten der Arbeitsmühe anderer ein bequemes Leben macht, sondern umgekehrt dann, wenn sie den Rest der Welt mit ihren Produkten „versorgt“ und daran mehr Geld verdient, als sie an die Lieferanten unentbehrlicher Rohstoffe und an im marktwirtschaftlichen Wettbewerb überlegene ausländische Warenproduzenten wegzahlen muss. Umgekehrt umgekehrt – zwischen den kapitalistischen Nationen geht es beim friedlichen Handel um Zugewinn an Geld zu Lasten der Partner und sonst gar nichts: um die ökonomische Macht, in Konkurrenz gegen andere mehr Wachstum hinzukriegen. Ob das in nationalem Maßstab gelingt; ob per Saldo auswärts Geld verdient wird, das ins heimische Wachstum einfließt, oder umgekehrt im eigenen Land zustande gebrachte Zahlungsfähigkeit, also Wachstumspotenz oder sogar ein Stück der nationalen Vermögenssubstanz ins Ausland abfließt: Das ist das erste, was das international tätige Geldkapital nicht bloß widerspiegelt, sondern praktisch bewerkstelligt, wenn es die Vermittlung zwischen der Gesamtnachfrage nach einheimischer Währung und der nach fremden Devisen zu seinem Geschäft macht. Damit mindert resp. vermehrt es nämlich die Devisenbestände der Nation, in letzter Instanz den Bestand an Vermögenstiteln und „Wertgegenständen“ – Goldbarren z.B. –, über den die nationale Notenbank verfügt. Und seit die Devisenhändler mit ihren Tauschgeschäften selber den Wechselkurs der gehandelten Währungen festsetzen und permanent ändern, sorgen sie schon damit für eine noch ganz anders zu Buche schlagende ununterbrochene Umverteilung des abstrakten Reichtums der Welt zwischen den Nationen: Sie ziehen einen praktischen „Schluss“ vom mangelhaften Gebrauch einer Währung resp. von der lebhaften Nachfrage danach auf deren Wert,

von der Masse der geschäftlich nutzlosen resp. benötigten Geldsorte auf deren Maßeinheit, lassen den Tauschwert der einen gegen den der anderen steigen resp. abstürzen; und damit bewerten sie den gesamten in Geld gemessenen und gezählten Reichtum der Nationen beständig neu, höher oder niedriger – eine Umverteilung dessen, was die am Welthandel teilnehmenden Nationen kapitalistisch vermögen, ohne dass dafür mehr als Ziffern transportiert werden müssten.

Auf die Art rechnet der Devisenhandel nicht allein über nationale Erfolge und Niederlagen in der Konkurrenz um Weltmarktanteile ab. In der Bilanz ist zugleich eine erste Quittung für die *Schuldenpolitik* der geldschöpferisch tätigen Staatsgewalten enthalten. Eine heftig inflationierte Währung, die in ihrem Heimatland das Preisniveau steigen lässt, also intern an Kaufkraft verliert und im grenzüberschreitenden Geschäft überreichlich angeboten wird, wird – quasi automatisch, nach dem „Gesetz“ von Angebot und Nachfrage – so bewertet, dass sie pro Einheit auch international weniger kauft, also *als Geld weniger taugt*; umgekehrt umgekehrt.<sup>13)</sup> „Die Geld-

- 13) Mit diesem Effekt, den in früheren Zeiten die verantwortlichen Währungshüter selber mit regelmäßig heiß umstrittenen Auf- bzw. Abwertungsaktionen absichtlich herbeigeführt haben, verbindet die betroffene Geschäftswelt komplementär entgegengesetzte Hoffnungen – nämlich u.a. auf leichtere Exporterfolge bei Abwertung der eigenen Währung – und Befürchtungen – etwa dass sich im Falle einer Aufwertung die eigene Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt verschlechtert –; Politiker setzen auf eine, die Fachwelt rechnet mit einer automatischen Selbstkorrektur von „Ungleichgewichten“ im Welthandel durch Exportsteigerung und Importdrosselung zugunsten der Bilanzen eines „über seine Verhältnisse lebenden“ Abwertungslandes und durch entgegengesetzte Effekte bei dem Aufwertungskandidaten mit allzu positiver Außenhandelsbilanz. Bisweilen und für Teile der Geschäftswelt mag diese Rechnung auch aufgehen, im guten wie im nachteiligen Sinn. Dass insgesamt von einem durch die „unsichtbare Hand“ des Marktes gesteuerten harmonisierenden Ausgleich der nationalen Bilanzen nie viel zu sehen ist, im Gegenteil die „Ungleichgewichte“ nicht bloß zu wachsen pflegen, sondern sich leicht zu einer Hierarchie der Welthandelsnationen verfestigen, ist andererseits kein Wunder. Unterschiedliche Erfolgsbilanzen konkurrierender Staaten bei der Verschuldung, beim Wachstum und bei der Eroberung von Weltmarktanteilen, die so groß geworden sind, dass sie auf die Bewertung ihres Geldes entscheidend durchschlagen, kehren sich nicht einfach um, wenn mit einer Aufwertung die Zu-

märkte“ bestätigen kapitalistische Wachstumserfolge beim Einsatz von Kreditgeld und Staatsschulden mit der Erhöhung der internationalen Zugriffsmacht des Zahlungsmittels der erfolgreichen Nation, quittieren ein Übermaß an unproduktiver Kreditverwendung und Geldschöpfung im Verhältnis zum nationalen Wachstum mit einer umfassenden Minderbewertung des kapitalistischen Gesamtvermögens an dem minder erfolgreichen nationalen Standort. So ändert die *Bilanz* der Konkurrenz der Staaten ums Geld der Welt und den Wert ihrer Währungen fortwährend deren *Bedingungen*. Und das sehr gründlich.

e)

Geld fließt zwischen den Nationen nicht bloß im Ex- und Importgeschäft, sondern auch – und auch darüber rechnet der internationale Geldhandel auf seine Art tagtäglich ab – als Geschäftsmittel für Kredite und Investitionen: für den grenzüberschreitenden *Kapitalverkehr*. Den Kapitalisten, die sich hier engagieren, geht es schlicht darum, in anderen Ländern ihr Vermögen auf die Art zu vermehren, wie sie es an ihrem angestammten Standort tun; sie nutzen Ressourcen und Arbeitskraft auswärts, leisten ihren eigennützigen Beitrag zur Produktion und Zirkulation in einem anderen Land, kaufen sich in die dort stattfindende Kapitalakkumulation ein, bereichern sich am Kreditbedarf ausländischer Unternehmer und an den Schulden fremder Staatsgewalten. Dass sie dafür eigenes Geld in die Nation hineintun, in der sie sich mit ihren Investitionen Konkurrenzfolge ausrechnen, verstärkt die positiven Wirkungen der Handelsbilanz auf den Währungstausch und die dadurch bewerkstelligte Verteilung kapitalistischer Wachstumsmittel zwischen den Nationen, wenn sie mit ihrem Vermögen an bereits erfolgreiche Standorte ziehen, und kann negative „Entwicklungen“ korrigieren, wenn sie mit „gutem“ Geld in finanzschwachen Ländern aktiv werden: Ihr *Kapitalexport* kommt dem Devisenvorrat und eventuell auch dem Wech-

griffsmacht der Geschäftswelt am erfolgreicheren Standort auf Waren aus und Geschäftsgelegenheiten in aller Welt wächst und dafür bloß die verlangten Preise schärfer kalkuliert werden müssen – und wenn umgekehrt infolge einer Abwertung auch noch die Preise für alle Importgüter steigen und allenfalls die nationalen Weltfirmen sich beim Gewinn-Machen leichter tun, die die globale Konkurrenz bislang schon durchgestanden haben.

selkurs des Geldes ihrer Zielnation zugute, bremst dort oder verhindert sogar den Abfluss nationaler Reserven, mehrt Masse und Wachstumsmacht des Kapitals im Land. Für die Kapital exportierende Seite ist es die Folge und ein Beweis nationalen Geschäftserfolgs, wenn heimische Unternehmen mit ihren in nationaler Währung akkumulierten Überschüssen auch noch auswärtige Anlagesphären benutzen oder sogar erst erschließen; und wenn denen die Ausnutzung der Wachstumspotenzen fremder Standorte für ihr Wachstum gelingt, dann ist das nicht bloß gut für die Unternehmensbilanzen, sondern auch erfolgsträchtig für den Heimatstandort, dessen Währung dafür Verwendung findet.<sup>14)</sup> Der zuständige Souverän wird durch solche grenzüberschreitenden Investitionen nämlich in seiner Funktion als Geldschöpfer, Schuldner und Kreditquelle der kapitalistischen Geschäftswelt bestätigt: Aus rein *ökonomischen Gründen* wird mit seinem Kreditgeld auf auswärtigen Märkten all das angestellt, was in seinem Herrschaftsgebiet aufgrund seiner *herrschaftlichen Verfügung geboten* ist. Seine Währung fungiert auch jenseits der nationalen Grenzen, ohne gesetzlichen Zwang, als Ausgangs- und Endpunkt, als Instrument und gegenständliches Ergebnis kapitalistischer Produktion, Zirkulation und Akkumulation, als Vorschuss für die Erwirtschaftung abstrakten Reichtums und als Materie des erwirtschafteten Eigentums; umgekehrt realisieren kapitalistische Geschäfte in aller Herren Ländern den Tauschwert, den ein so prominentes Staatskreditgeld gewissermaßen vorwegnimmt und verbindlich repräsentiert. Das steigert dessen Wert in einem *qualitativen* Sinn: Durch weltweiten Gebrauch wird eine solche Währung zum *universalen* Kreditmittel und zum direkt und *unbedingt* tauglichen *Weltgeld*: zu Reichtum in der Form, in der alle Welt ihn verdienen und vermehren will und Staaten ihn brauchen, um für ihre Währung eintreten zu können.

- 14) Von dem krisenhaften Sonderfall, dass Kapitalisten im eigenen Land für ihren Reichtum keine lohnenden Verwendungsmöglichkeiten finden, vielmehr mit der Entwertung der nationalen Geldform ihres Vermögens rechnen, deswegen möglichst viel davon ins Ausland schaffen und in auswärtiger Währung anlegen, ist hier also nicht die Rede. So etwas mag zwar technisch auch unter die Rubrik ‚Kapitalexport‘ fallen, heißt aber nicht umsonst ‚Kapitalflucht‘ und unterstellt bereits zerrütete Währungsverhältnisse, um deren Notwendigkeit es im Folgenden geht.

Freilich hat dieser Erfolg seinen Preis. Der fällt auf Seiten der Länder an, die von umfangreichen Kapitalimporten nicht bloß – mehr oder weniger, je nach Entwicklung der Konkurrenz zwischen heimischen und auswärtigen Unternehmen – profitieren, sondern *abhängig* sind; die also nicht – wie die kapitalistisch „entwickelten“ Nationen – ebenso sehr als Investoren wie als Anlagesphäre den Weltkapitalmarkt wachsen lassen, sondern tendenziell oder sogar eingestandenermaßen unter *Kapitalmangel* leiden. Wo Masse und Ertrag des autonom geschöpften und per Staatsschulden als Kreditmittel in die nationale Zirkulation geworfenen Geldes für durchschlagende Erfolge in der Weltmarktkonkurrenz nicht reichen, wo das nationale Wachstum auf die Zufuhr von Kapital und Kredit in Gestalt auswärtiger Devisen angewiesen ist, da konkurriert die auswärtige mit der einheimischen Währung um die Rolle des für die Nation maßgeblichen Kredit- und Zahlungsmittels. Es droht der Übergang, dass die Valuta einer fremden Staatsgewalt den Rang des nationalen Geldes als Geschäftsmittel und als „Stoff“ des nationalen Reichtums mindert, es aus dieser Funktion verdrängt und ersetzt. Am Ende kommt es womöglich dazu, dass das Land von sich aus keine Währung anzubieten hat, in der kapitalistische Geldbesitzer und -anleger die Gewähr für das Wachstum ihres Reichtums finden.

f)

Wie es in dieser Hinsicht um die Nationen steht, die das Geldverdienen zu ihrem Daseinszweck und Lebensmittel gemacht haben: Das entscheidet sich – und auch das ist Gegenstand der Bilanz, die der internationale Devisenhandel den staatlichen Geld- und Kredit-schöpfern präsentiert – in einer Abteilung des Weltmarkts, in der nicht mit Waren und auch nicht mit Kapitalgütern und Investitionen gehandelt wird, sondern mit *nationalen Schulden*: mit Staatsanleihen und Devisenkrediten und mit Wertpapieren, die eine Spekulation auf Wertdifferenzen zwischen und die Wertentwicklung von Wertpapieren und deren Währungen zum Inhalt haben.

*Grundlage* dieses Geschäftszweigs – dessen Umfang alles in den Schatten stellt, was für den weltweiten Warenhandel und für Firmengründungen im Ausland an Geldwechsel nötig ist – ist der Beschluss der maßgeblichen Staatsgewalten, im internationalen Geschäftsverkehr die Kreditvergabe und den Handel mit Schulden „freizugeben“, also von der Ausnahme zu einer ganz normalen Abteilung des grenzüberschreitenden Geldverdienens zu machen; und

zwar auch und nicht zuletzt das Geschäft mit Staatsanleihen: Regierungen sollen sich benötigte Haushaltsmittel nicht bloß auf dem Umweg über ihre heimische Bankenwelt bei sich selbst besorgen können, sondern weltweit da, wo Geldanleger etwas übrig haben und Kredite billig sind. In diese große Freiheit eingeschlossen ist die Chance – und Verpflichtung – von Nationen mit notorisch negativen Außenbilanzen, im Geschäft zu bleiben, auch wenn sie schon längst keiner Abrechnung mehr gewachsen wären, weil an Devisen und herkömmlicher Geldware bei ihnen gar nichts mehr zu holen ist: Die dürfen und sollen ihre abhandengekommene internationale Zahlungsfähigkeit durch Anleihen in fremder Währung, nämlich in international bewährtem Geld ersetzen; und wenn sie für ihre Schulden die Sicherheiten nicht bieten können, die das internationale Kreditgewerbe verlangt, dann treten Garantien der Staaten mit den besseren Bilanzen und dem guten Geld in Kraft, nämlich vor allem nach festen Regeln abrufbare Kredithilfen der supranationalen Finanzagenturen – IWF und Weltbank –, mit deren Gründung am Ende des 2. Weltkriegs der moderne Weltmarkt überhaupt in Gang gekommen ist.<sup>15)</sup> So ist die Teilnahme der Nationen am Weltmarkt

- 15) Die USA haben in ihrem Teil der Wüsteneien, die der 2. Weltkrieg hinterlassen hatte, mit Kapalexport und der Kreditierung neuer Währungen für die Neugründung eines weltweiten Kapitalismus auf Dollar-Basis gesorgt; im Streit und in Absprache mit ihren verbündeten Rivalen haben sie ein Vierteljahrhundert später die Fiktion einer ihre Banknoten als Weltgeld auszeichnenden Gold-Deckung aufgegeben und den anderen, mittlerweile kapitalistisch erfolgreichen Nationalgeldern eine prinzipielle Gleichrangigkeit mit ihrem Greenback zugestanden. Die Scheidung der Nationen in Gewinner und Verlierer des neu eröffneten Weltmarkts haben dessen politische Initiatoren von Beginn an in der verharmlosenden Fassung berücksichtigt, dass immer wieder einmal mit *Liquiditätssengpässen* im internationalen Zahlungsverkehr und bei gewissen Teilnehmern zu rechnen und Vorsorge für einen unbeeinträchtigten Fortgang des grenzüberschreitenden Geldverdienens zu treffen sei; so kamen der *Internationale Währungsfonds* als supranationale politische Garantie für die Einlösung nationaler Zahlungspflichten auch jenseits der Zahlungsfähigkeit betroffener Nationen sowie die *Weltbank* als Instanz für die Vergabe politischen Kredits zur Wiederherstellung der Weltmarktfähigkeit solcher Länder zustande. Die auf die Art gewährleistete Kreditwürdigkeit aller Staaten, in denen es für Kapitalisten Geld zu verdienen gibt, sowie die Überschwemmung des Weltmarkts mit verlässlichem Weltgeld insbesondere aus Amerika haben

auch über die Schranken ihrer Zahlungsfähigkeit hinaus gesichert, und ihre Verpflichtung auf die Grundregeln, -rechte und -rechenarten des Geschäfts mit Geld und Schulden bleibt unkündbar.

Auf Grundlage dieser Sicherheit hat das internationale Kreditgewerbe das spekulative Geschäft mit Staatsschulden und anderen Wertpapieren jeder Nationalität eröffnet. Dabei orientieren sich die Experten an den beiden widerstreitenden Gesichtspunkten, wie *lohnend* und wie *sicher* ihnen die Schulden unterschiedlicher Provenienz und die diese Schulden repräsentierenden Gelder vorkommen. In ihre entsprechende Urteilsbildung fließen alle möglichen Feststellungen und Mutmaßungen ein: von größter Wichtigkeit, ob die Nation intern und auswärts in eigener oder fremder Währung verschuldet ist, dann aber auch das Ausmaß der Schulden; Plus und Minus aller übrigen Außenbilanzen; das Nationalprodukt und sein Wachstum; Mittel und Perspektiven der staatlichen Wachstums- und Exportförderungs politik; Inflationsraten und das Haushaltsgebaren der Regierungen; ihr absehbarer Kreditbedarf; ihre Macht, die Außenhandels-, Kredit- und Währungspolitik anderer Staaten und die Bedingungen des Welthandels insgesamt und überhaupt zu beeinflussen; deswegen auch Gewaltfragen aller Art, von der Stabilität einer Regierung bis zur Sicherheit der Rohstoffversorgung der Nation; usw. Das alles wird in den Abschätzungen der Spekulantengemeinde kommensurabel und geht als Einflussfaktor in den Kurswert ein, den „die Märkte“ für die Währung und die Kreditpapiere der diversen Nationen „ermitteln“, um sie mit ihrer Spekulation auf Veränderungen gleich wieder in Frage zu stellen.

Dabei haben besagte „Märkte“ freilich längst eine ganz grundsätzliche *qualitative* Unterscheidung getroffen; nämlich zwischen den paar Währungen, die ihnen *Sicherheit* beim und fürs Spekulie-

das internationale Finanzgewerbe dann zu seiner Geschäftstätigkeit in den heute so viel bestaunten gewaltigen Dimensionen befähigt. Wenn diese Branche mit ihren spekulativen Geldanlagen Staaten ruiniert und als zahlungsunfähig und eigentlich kreditunwürdig bloßstellt und damit auch für die Gewinner des Weltmarkts die Frage aufwirft, wie es mit dem schönen Weltgeschäft weitergehen soll, finden die politischen Herren der Veranstaltung – bei allem Respekt vor dem „Urteil der Märkte“, dem genau so viel Bedeutung zukommt, wie sie ihm beimessen – noch allemal einen Weg, mit Kreditgarantien für Fortsetzung oder Neubeginn zu sorgen und das Ausscheiden von Weltmarktteilnehmern zu verhindern.

ren bieten und deswegen als eigentlicher Endpunkt und unverzichtbares Mittel ihrer Geschäfte dienen, und solchen Schulden und Nationalgeldern, in die sie nur „hineingehen“, um mit viel Gewinn wieder aus ihnen „herauszugehen“. Gerne unternehmen sie Exkursionen in spekulative Hochrisikogebiete, um auf ihrer Suche nach Sicherheit für ihre Erwerbungen zu den Geldern zurückzukehren, denen sie selber schon am längsten vertrauen und zum Rang einer soliden Spekulationswährung verholfen haben. So bewähren sich einige wenige Devisen als „hart“. Ganz viele andere disqualifizieren sich in unterschiedlichem Maß als „weich“ und gelten nur als Stellvertreter für wirkliches, i.e. zu kunstreichen Finanzoperationen zuverlässig taugliches Geld, und auch das nur unter Vorbehalten, die ganz praktisch in Form von extra hohen Zinsforderungen und allerlei Absicherungsgeschäften geltend gemacht werden. Andere Nationalgelder existieren fürs internationale Spekulationsgewerbe und damit für den globalen Geldmarkt überhaupt nicht. Konvertibel sollen alle Währungen sein, allesamt Ausdruck ein und desselben Reichtums in national unterschiedlichen Maßeinheiten – am Ende unterscheiden sie sich nicht bloß nach ihrer Kaufkraft und deren quantitativen Veränderungen, sondern qualitativ danach, wie sicher das Finanzkapital beim Spekulieren auf die und mit den Schulden der Nationen sich darin aufgehoben sieht.

In dieser Form, in der den politökonomischen Verhältnissen des modernen Globus allein angemessenen „Sprache des Geldes“, stellt der Geldhandel den Nationen sein kapitalistisch verbindliches Zeugnis darüber aus, was sie für die Zwecke spekulativer Geldvermehrung und *insofern überhaupt als Kapitalstandorte taugen*. Seine zusammenfassende Bilanz scheidet nämlich grundsätzlich zwischen *Staaten mit* und solchen *ohne Geld*.

– Einige wenige *Weltfinanzmächte* fungieren mit ihrem Kreditgeld als *unerschöpfliche Quelle* der „Liquidität“ und damit der Sicherheit, die das Finanzkapital und das davon abhängige Geschäftsleben in aller Welt zum Geldverdienen brauchen; sie sind also die *Garantiemächte* für die unbezweifelbare Weltgeldqualität des Verdienten. Sie setzen mit der Vermehrung ihrer eigenen Schulden und der Emission von Geld durch ihre Notenbanken Kreditmittel nicht bloß für ihren Eigenbedarf, als Instrument für beschleunigte Kapitalakkumulation in ihrem Herrschaftsbereich und für die Finanzierung ihres Haushalts, in die Welt, sondern bedienen damit den *Weltbedarf* an Geschäftsmitteln und das Bedürfnis *anderer Souveräne* nach Finanz-

mitteln und einer Geldreserve. Umgekehrt beglaubigen die dem Wert des Geldes und seiner kapitalistischen Vermehrung verpflichteten Staatsgewalten ebenso wie die professionell mit Geldvermehrung befassten Kapitalisten in aller Welt, die sich solchen Kredits und solchen Geldes bedienen, die unbedingte Tauglichkeit dieser Artikel: des Kredits als potentes Mittel kapitalistischen Wachstums, des Geldes als Grundstoff das abstrakten Reichtums schlechthin. Alle Welt benutzt und benötigt die Währung der wenigen Weltfinanzmächte und erkennt sie damit nicht bloß als Weltgeld an, sondern macht sich davon abhängig und verbürgt sich dafür, dass in Gestalt dieser Währung Verfügungsmacht über Arbeit und Reichtum in weltweit unanfechtbar gültiger Form vorliegt. Andersherum: Ein Staat, der solches Kreditgeld emittiert und sich darin verschuldet, verfügt mit jeder Summe, die er so in die Welt setzt, tatsächlich über *das Geld der Welt*: über das allgemeine Äquivalent, um dessen Erwerb durch konkurrenzfähiges Produzieren, Verkaufen und Verschulden sowie durch erfolgreiches staatliches Haushalten der Rest der Welt sich bemühen muss und mit aller Gewalt auch bemüht. Seine Zettel *sind die* internationale Geldware – auch wenn sie in womöglich noch viel größerem Umfang als andere Nationalgelder nichts weiter als seine Schulden repräsentieren.

– Umgekehrt umgekehrt: Für die meisten anderen Nationen ergibt sich aus den Bilanzen des internationalen Währungshandels der vernichtende Befund, das sie *kein Geld haben* – Devisen nur auf Pump, wobei selbst das in ganz vielen Fällen gar nicht mehr von ihrer eigenen Kreditwürdigkeit, sondern von politischen Garantien anderer, des IWF insbesondere, abhängt; und was sie selber als gesetzliches Zahlungsmittel schöpfen, mag zwar, finanztechnisch gesehen, konvertibles Geld sein und für bestimmte geschäftliche Belange auch tatsächlich international gekauft und verkauft werden, spielt als Geschäftsmittel auf dem Weltmarkt aber keine Rolle, dient dem Spekulationsgewerbe allenfalls dann, wenn eine besondere Rendite winkt, als risikoreicher Zwischenaufenthalt für sein fiktives Kapital, fungiert ganz einfach nicht als Geld der Welt. Die Praxis des Weltgeschäfts widerlegt den zuständigen Souverän, der mit seinen Banknoten auch ein anerkanntes Geld und taugliches Kreditmittel in die Welt gesetzt haben will: Sie spricht seiner formellen Geldhoheit die reale Finanzmacht ab. Sein Land fungiert und funktioniert als Kapitalstandort und ernstzunehmender Weltmarktteilnehmer nur, weil, und nur soweit, wie dort ein auswärts gestiftetes wirkli-

ches Weltgeld vermehrt wird; also nur insofern, als eine fremde Hoheit ihn als Garanten der kapitalistisch wirksamen Privatmacht des Eigentums und des für dessen Vermehrung nötigen Kredits und damit auch als Urheber seiner eigenen Geschäftsfähigkeit *ersetzt*. Die Herrschaft findet sich zur abhängigen Agentur der Finanzmacht der Staaten herabgesetzt, auf deren Geld sie angewiesen ist.

So teilt die Internationale der Geld- und Schuldenhändler den Staaten verbindlich und wirksam mit, wie es in der Konkurrenz der Nationen um den abstrakten Reichtum der Welt um ihr Geld und um ihren Kredit, um ihren Kapitalstandort und um ihre Finanzmacht, also *um sie* bestellt ist.

#### **4. Die Sorge der Staatsmacht um die Stabilität ihres Geldes**<sup>16)</sup>

Die Mitglieder der gegenwärtigen Staatenwelt haben „die Märkte“ zum Abrechnen ermächtigt; sie sind es gewohnt, die in der Konkurrenz der Spekulanten „ermittelten“ Bilanzen gelten zu lassen und zu respektieren. Deswegen haben sie mit dem Urteil der Kapitalisten über ihr Geld ein ernstes Problem. Denn sie nehmen es keineswegs einfach hin, wenn es kritisch ausfällt – und wenn positiv, dann sind sie trotzdem nicht zufrieden, weil sie ihre Erfahrungen mit der „Volatilität der Märkte“ haben und weil außerdem mit den Erfolgen und jedem positiven Bescheid ihr Anspruchsniveau steigt, ohne dass sie es bei praktisch bescheinigten Misserfolgen in aller Bescheidenheit herunterschrauben.

Die Staaten – soweit sie nicht hoffnungslos in der „Schuldenfalle“ sitzen, ihre Geldhoheit bereits an ihre Gläubiger abgegeben haben und ihre Haushaltspolitik vom IWF diktiert kriegen – kümmern sich also um ihr Geld. Viele darum, mit auswärts verdientem Weltgeld ihren Bemühungen um Kapitalakkumulation in nationalem Maßstab und um ein autonomes nationales Geschäftsmittel einigen internationalen Kredit zu verschaffen. Andere verfolgen das schon anspruchsvollere Ziel, ihrem Geld das Interesse und den Zuspruch der internationalen Geschäftswelt zu erhalten oder wieder zu verschaf-

16) Dieses Kapitel verwendet u.a. Argumente aus dem Abschnitt *Geldpolitik oder: Wie der Staat auf den Währungsvergleich reagiert* des Artikels *Weltmarkt und Geldmarkt: Die Währung und ihr Wert in Gegenstandspunkt 4-94*.

fen. Den paar Weltgeldnationen geht es darum, andere Währungen und vor allem sich wechselseitig aus der Nachfrage derer, die weltweit mit der Steigerung der Privatmacht ihres Geldvermögens befasst sind, zu verdrängen. Alle Staaten richten die ökonomischen Anstrengungen ihrer Gesellschaft auf das – unterschiedlich anspruchsvoll definierte – Ziel eines *brauchbaren Geldes* aus, machen die durch lebhaften weltweiten Gebrauch bewiesene kapitalistische Tauglichkeit ihrer Währung zum obersten Imperativ und entscheidenden Erfolgskriterium ihrer Haushalts- und Wirtschaftspolitik; und im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen sie sich an so ziemlich denselben Erfolgsrezepten.

a)

Der moderne kapitalistische Standort-Verwalter macht *Geldpolitik*. Das bedeutet: Er verpflichtet sich dazu, sein Geld *stabil* zu halten oder zu machen und es deswegen beim Gelddrucken und Schuldenmachen nicht zu übertreiben, sondern Vorsicht walten zu lassen. Diese Selbstermahnung des Souveräns hat etwas Lächerliches an sich: Er will seine Währung vor Wirkungen schützen, die sein eigener Umgang mit Geld und Kredit hervorruft. Die Sache wird aber durchaus ernst genommen; in dem Sinn nämlich, dass fehlende oder gefährdete Stabilität des Geldwerts nicht den Unbilden der weltweiten Konkurrenz zugeschrieben wird – der Sphäre des internationalen Geschäfts, aus der die kritischen Rückmeldungen in Form negativer Bilanzen erfolgen –, sondern einem verfehlten Gebrauch der eigenen Geldhoheit. Wenn die *Zentralbank* registriert, dass die Vermehrung ihres Geldangebots kein Wachstum des nationalen Reichtums bewirkt, sondern bloß den Wert der Einheit senkt und dass ihr deswegen ihr eigenes Produkt von allen Seiten mit der Forderung nach Umtausch in eine stabilere Währung zurückgereicht wird, weil sein Besitz die Macht des Eigentums, das es repräsentiert, verfallen lässt; wenn das *Finanzministerium* Schulden machen und für immer mehr Schulden immer höhere Zinsen zahlen muss, weil seine Wertpapiere von den Finanzmärkten immer schlechter bewertet werden, und sich eingesteht, dass seine nationale Haushaltsführung das Wachstum gar nicht bewirkt, auf das sie berechnet ist; wenn also die große Freiheit der modernen Staatsmacht, sich die für ihre Bedürfnisse und für die Pflege ihrer Nation als Kapitalstandort nötigen Finanzmittel selber zu schaffen, an die Grenze stößt, dass ihre Finanzprodukte kapitalistisch immer weniger taugen: Dann – so lautet der

amtliche Beschluss – sind beim Geld- und Kreditschöpfen *Fehler* gemacht worden.

Die müssen auf der einen Seite der Notenbank unterlaufen sein. Denn wäre bei der Geldversorgung alles richtig gelaufen, dann könnte es weder geschäftsschädigende Liquiditätsengpässe noch eine stabilitätswidrige Inflation gesetzlicher Zahlungsmittel geben; da sind sich Theoretiker wie Praktiker der hoheitlichen Geldherstellung ganz sicher. Erstere haben diese Gewissheit zu einer *Quantitätstheorie* des Geldes ausgearbeitet, die dessen Gesamtmenge nach dem Grad der Flüssigkeit des verbuchten Reichtums in Teilmengen zergliedert und mathematische Formeln für die passenden Maßverhältnisse entwickelt; was die Konkurrenzkämpfe der Geschäftswelt und der staatliche Haushalt für die Stabilität des Geldwerts leisten oder schuldig bleiben, ist demzufolge das Ergebnis einer richtigen oder misslungenen *Geldmengensteuerung*. Hier alles richtig zu machen und jenes rechte Maß zu treffen, das die Verwandlung von staatlicher Gewalt in erfolgreichen Kapitalvorschuss und gesicherte Kaufkraft garantiert, darum bemühen sich die Praktiker des Gelddruckens unter Einsatz verschiedener trickreicher Instrumente zur Vermehrung und Verminderung der mehr oder weniger liquiden umlaufenden Mittel. Die Frage, ob sie damit den geschäftlichen Gebrauch dieser Mittel lenken oder nur nachvollziehen, was der Finanzminister sich an Schulden leistet und was die Geschäftswelt an Kreditgeld benötigt und damit anstellt, haben sie zwar noch immer nicht eindeutig klären können. Ihre regelmäßigen Befunde über verfehlte Geldmengenziele sind aber auf alle Fälle kein Grund zur Resignation, sondern Anlass für beständige Nachkorrekturen<sup>17)</sup> und im ernsteren Fall für die Suche nach besseren Instrumenten der Global- und Feinsteuerung.

Bei dieser Geldpolitik steht der *Zinssatz*, den die Notenbank berechnet, wenn sie die Nachfrage des Kreditgewerbes nach ihrem Geld bedient, im Mittelpunkt. Denn das ist auf jeden Fall klar, *dass*

17) Auch der wissenschaftliche Fortschritt steht nicht still: Zu Beginn des neuen Jahrtausends liefern sich die Experten der EZB und befreundeter Institute harte Kontroversen um die Frage, ob die Geldmenge als maßgebliche Kenngröße für den Stand und als Mittel für die Steuerung der Konjunktur noch so viel taugt wie einst zu D-Mark-Zeiten... Man sieht: Auch in der kalten Welt des staatlich regulierten Geldgeschäfts fehlt es nicht an Humor.

der Preis für ausgeliehenes Geld dessen Verwendung beeinflusst. Weniger eindeutig ist freilich, in welchem Sinn. Ein hoher Zinssatz kann die Kreditnachfrage schwächen und das Wachstum bremsen, lässt vielleicht aber auch nur den Anteil der „Bank der Banken“ an den Erträgen einer unverwüstlichen nationalen Kapitalakkumulation steigen; er kann beim international tätigen Finanzkapital ein vermehrtes Interesse an so verteuerten Wertpapieren wecken, allerdings auch die Befürchtung, dass die hohen Zinsen mit unproduktiv vermehrtem, also zunehmend wertlosem Geld bezahlt werden. Ein niedriger Zinssatz bewirkt in allen Punkten das Gegenteil – oder auch nicht... Entscheidend ist jedenfalls ein Zinssatz, der – in Verbindung mit den anderen Techniken der Geldemission oder -ab-schöpfung – für das richtige Maß an *Knappheit* sorgt, das der staatlichen Geldware ein stabilitätskonformes Verhältnis zur Nachfrage sichert. Dabei darf allerdings die Notwendigkeit einer wachstumsdienlichen Liquiditätsversorgung nicht außer Acht bleiben, was im Zweifelsfall schon mal auf Kosten eines stabilen Geldwerts geht; schließlich soll die Konjunktur nicht durch zu hohe Zinsen abge-würgt werden. Ebenso wenig darf natürlich jede Nachfrage nach billigen Geschäftsmitteln unbesehen bedient werden; denn das kann zur Überhitzung führen und anschließend zu einem Crash des künstlich aufgeblasenen Wachstums. Stattdessen sind schon vor Beginn einer Rezession Vorkehrungen für eine sanfte Landung des mit Kredit spekulativ angeheizten Geschäfts zu treffen, damit es gar nicht erst zu einem Minus-Wachstum kommt oder zu einer zäh andauernden Stagnation, aus der womöglich auch ein Zinssatz von 0 % nicht mehr heraushilft. Die ambivalenten Wirkungen teuren ebenso wie billigen, knappen wie reichlichen Geldes sind überdies deswegen sorgfältig zu bedenken, weil nicht zuletzt der Staat selber welches braucht: Den dürfen seine Schulden einerseits nicht zuviel kosten, weil ihm dann Haushaltsmittel zur Förderung des Wachstums fehlen; andererseits muss dem Finanzkapital, das in seine Papiere investieren soll, eine Rendite geboten werden, die seine Schulden im Vergleich mit denen anderer Staaten attraktiv macht, ohne diesen Effekt durch drohende Geldentwertung wieder zunichte zu machen.

Moderne Geldpolitik schlägt sich, wie man sieht, auf ihre Art mit dem *Widerspruch staatlichen Kreditgelds* herum: Als Kreditmittel soll es eine nationale Kapitalakkumulation in Schwung bringen und den Finanzbedarf des Staates selbst zur Bereicherungsquelle für Geldbesitzer machen; dabei soll es zugleich als Geld Reichtum in Ge-

stalt wachsender privater Verfügungsmacht über die gesellschaftliche Arbeit: erfolgreich realisierten Warenwert repräsentieren. Und wenn beides schon nicht wirklich zu haben ist, die Schöpfung von gesetzlichen Zahlungsmitteln als Kreditmittel ohne Rechtfertigung durch tatsächlich vermehrtes Eigentum die Verfügungsmacht mindert, die in diesen Zahlungsmitteln vergegenständlicht ist – wenn also das „Gesetz“ des Werts, das der Staat mit der Unterwerfung des gesellschaftlichen Lebensprozesses unter die Macht des Eigentums in Kraft setzt, gegen die Inflationierung des Papiergelds, das derselbe Staat zum verbindlich geltenden Repräsentanten des Werts erklärt, recht behält –, dann soll die *Identität* von Staatskredit und Geldware auf jeden Fall im eigenen Herrschaftsbereich der jeweiligen Staatsgewalt *glaubwürdiger* ausfallen, die Synthese von Wachstum des Reichtums und Stabilität seines Maßes *besser* gelingen als in den Konkurrenznationen. In diesem Sinne kämpfen sich die Geldpolitiker der modernen Staatenwelt am Urteil der Finanzmärkte ab – und kommen am Ende nicht darum herum, ihre fortdauernden geldpolitischen Bemühungen um eine Erkenntnis zu ergänzen: Ihr Kampf um ein gutes Geld, das die Privatmacht seiner Besitzer ebenso wie die Finanzmacht seines Schöpfers sicher wachsen lässt – jedenfalls mehr als andere Währungen, die genau das auch und ihrerseits besser leisten sollen –, dieser Kampf ist mit Manipulationen an den beiden Seiten der Schuldenvermehrung allein nicht zu führen und schon gar nicht zu gewinnen. Entscheidend kommt es darauf an, was die Nation aus ihrem Kredit und dem Geld des Staates *macht*: auf die *erfolgreiche kapitalistische Verwendung* des nationalen Reichtums.

## b)

Eben dies ist Sache des freien Unternehmertums; so ist und bleibt es von Staats wegen gewollt und eingerichtet. Das hält die um ihr Geld besorgte Staatsmacht aber natürlich nicht davon ab, sich um immer bessere Erfolgsbedingungen fürs Wachstum ihrer Wirtschaft zu kümmern. Im Gegenteil: Um am Rest der Welt Geld zu verdienen und das eigene Kreditmittel im Wettbewerb mit fremder Währung als Weltgeld durchzusetzen, tut ein moderner Staat – ein jeder, so gut er kann – alles, um für die erwünschte Spekulation auf sein Land als Standort viel versprechender Geschäfte und kapitalistischen Wachstums eine solide bzw. immer solidere Basis zu schaffen: Er mobilisiert die Quellen des nationalen Reichtums.

Das sind, auch in Zeiten der fortgeschrittensten Finanzgeschäfte, die Produktivkräfte in Gestalt von *Kapital und Arbeit*, die sich im Land finden. In ihrem Konkurrenzkampf um ein taugliches, stabiles Geld erklären die Staaten zum nationalen Ziel, was ihre Firmenwelt in *ihrem* gnadenlosen Konkurrenzkampf ohnehin tut: Die Unternehmen müssen produktiver, also *rentabler* werden; erstens als bisher, zweitens als im Ausland. Der Standpunkt, den die Staatsgewaltigen da einnehmen und dem sie Vorrang unter allen nationalen Vorhaben und Notwendigkeiten verschaffen, ist der der Eroberung wachsender Weltmarkt-Anteile, zu Lasten anderer Exportnationen. Dabei setzen die Großmächte der Weltwirtschaft mehr auf die fortschrittlichen Potenzen des heimischen Kapitals: dessen Fähigkeit, mit avantgardistischen Produkten und Produktionsmitteln die Angebote der Konkurrenz aus weniger entwickelten wie vor allem aus kapitalistisch ebenbürtigen Ländern zu entwerten. Staatliche Hilfen werden geleistet, damit Innovationen und Rationalisierungen, Gesundheitschumpfen und Kapitalaufstockung, „Start-ups“ und Fusionen nicht am Geld scheitern. Weit davon entfernt, sich zwecks Geldwertstabilität einzuschränken und zu sparen, finanzieren sie auf sämtlichen Weltmärkten – angefangen bei dem für Agrarprodukte über den für weltraumtaugliche High-Tech-Produkte bis zu dem für Schulden, Wertpapiere und Derivate – Geschäfte, die ausdrücklich auf Kosten ihrer unerfreulich konkurrenzstarken Partner gehen. Denen sollen Verdienstquellen abgenommen werden; neue Arbeitsplätze sollen „hier“ statt anderswo entstehen. Weil es dafür entscheidend auf die Senkung der Produktionskosten ankommt, werden die Klagen über ein zu teures Arbeitsvolk sowie Initiativen zur Behebung dieses unhaltbaren Zustands zur nationalen Kampagne; was der Wirtschaft dadurch an Kaufkraft abhanden kommt, kann und soll sie sich in umso größerem Umfang im Ausland holen. Andere Staaten – solche aus der Rubrik „Schwellenländer“ – treten gleich mit unschlagbar niedrigen Arbeitskosten zum internationalen Wettbewerb an und konkurrieren mit Lohn-, Umwelt- und sonstigem „Dumping“ nicht nur um weltweiten Warenabsatz, der ihnen gutes Geld einbringt, sondern außerdem um das Engagement auswärtiger Investoren. Die sollen bei ihnen dem Mangel abhelfen, unter dem sie als moderne Weltmarktnationen am heftigsten leiden: dem an Kapital und an Devisen. Dort, wo Kapital im Überfluss und gutes Geld zu Hause sind, ist Kapitalimport freilich ebenso erwünscht: um die Herstellung der für garantiert erfolgreiche Multis erforderlichen Kapi-

talgröße zu erleichtern, insoweit staatliche Zuwendungen zu ersparen und außerdem die schon vorhandene Nachfrage nach der nationalen Währung zu steigern. Letztere soll außerdem zugleich als Investitionsmittel den Weg ins Ausland finden; zum einen, damit die heimische Exportindustrie auch überall dort Fuß fasst, wo sie mit ihrer Ware die ausländische Konkurrenz noch nicht verdrängt hat, wo sich eventuell auch die Produktionskosten billiger gestalten lassen als am angestammten Standort. Die heikle Frage, ob das Verlassen des heimatlichen Territoriums nicht mit einem Verlust an nationalen Einkünften verbunden ist, wird entschieden: Heimisches Kapital muss in die Welt hinaus, schon allein um Standortvorteile zu kompensieren bzw. zu erobern, mit denen Konkurrenten sich Märkte sichern, die spätestens auf Grund des Ortswechsels den eigenen Firmen zustehen. Zum ändern wird der nationalen Sache nicht bloß mit kapitalistischem *Lokal*-Patriotismus gedient, sondern auch *geld*-patriotisch: Die Hausbank des im Ausland tätigen Konzerns nimmt auch Devisen. Und wo es kein taugliches, wertbeständiges, universell verwendbares Geld zu verdienen gibt, da steuert der Heimatstaat sogar Garantien für Kreditgeschäfte bei, die der anderen Nation im Interesse eines dauerhaften Reichtums-Transfers die Rolle des Schuldners und Zinszahlers zuweisen.

So kämpfen die Staaten um ein Geld, das allen, die es besitzen und kapitalistisch verwenden, ein Recht auf und Macht über den Reichtum der Welt in die Hand gibt; denn so viel ökonomische Macht besitzen sie dann kraft ihrer Geldhoheit selber.

### c)

In ihrem Konkurrenzkampf beschränken moderne Souveräne sich nicht auf den Einsatz ihrer Haushaltsmittel. Gerade für die Mächtigsten unter ihnen steht immerzu ein Übergang anderer Art an: Jeder *Nutzen*, den ihre Nation aus dem Verkehr mit auswärtigen Geschäftspartnern erwirtschaftet, ist für sie ein Gegenstand der *Sorge*, nämlich vor *Abhängigkeit*; sie *benutzen* den Rest der Welt als Reichtumsquelle und halten es zugleich kaum aus, nicht fraglos *Herr* über diese Quelle zu sein. Jede *Sorge* ist für sie daher Grund dafür und Auftakt dazu, selber ihrem Partner *dessen* Nutzen aus dem grenzüberschreitenden Geschäft als *dessen* Abhängigkeit vor Augen zu führen, gegebenenfalls mit einer Handhabung, Beschränkung oder Unterbrechung des Verkehrs mit ihm zu drohen, die ihn *schädigt*, und, wenn nötig, Taten folgen zu lassen. Betroffen und alarmiert

sind die großen Weltwirtschaftsmächte vor allem, wenn sich, womöglich infolge der von ihnen selbst aufgebauten internationalen Benutzungsverhältnisse, an unvorhergesehener Stelle und unkontrolliert nennenswerte Verschiebungen im Weltgeschäft und in der daraus erwachsenen Rangfolge der Nationen abzeichnen; dann sehen sie sich herausgefordert, ihre Handels- und Finanzmacht durchaus erpresserisch in Anwendung zu bringen.

Komplementär dazu pflegen sie *Bündnisse* zu schmieden – Freihandelszonen, Kooperationsabkommen, gemeinsame Wirtschaftsräume und dergleichen –, die ihnen, sei es auf Kosten ihrer sinnreich eingebundenen Partner, sei es mit denen gemeinsam, Vorteile im internationalen Konkurrenzkampf ums Geld der Welt bringen sollen: Wachstum und Zuspruch zu ihrer Währung als Geschäftsmittel, als Spekulationswährung und als Reserve auf Kosten der jeweils anderen. Eigens zu diesem Zweck haben die Partner der Euro-Zone immerhin ein Kernstück ihrer Finanzautonomie und ihres marktwirtschaftlichen Leistungsvergleichs storniert und die Quintessenz ihrer nationalen Wirtschaftsmacht, ihre teils erfolgreichen, teils von Aufweichung und Degradierung bedrohten nationalen Gelder, zu einem kollektiven Zahlungs- und Kreditmittel zusammengelegt; damit wollen sie der globalen Finanzindustrie in ihrer ewigen spekulativen Suche nach Sicherheiten ebenso wie den Hütern der nationalen Devisenreserven in aller Welt ein unschlagbares Angebot und so dem US-Dollar seinen bisherigen Vorrang als Weltwährung streitig machen – ein Angriff auf die leibhaftige *Erfolgsbilanz* und *die* ökonomische *Erfolgsbedingung* der Weltmacht, mit der sie zugleich ihre wichtigsten Geschäfte tätigen und außerdem noch an einer anderen „Front“ sowohl aneinandergeraten als auch gemeinsame Sache machen.

Zusätzlich zu allen bi- und multilateralen Erpressungsmanövern, in denen sie sich ohne Einschränkung und Beschönigung als Konkurrenten betätigen, agieren die Großmächte des Weltgelds nämlich als Arrangeure und Schiedsrichter des globalen Konkurrenzkampfs: Sie ringen um Regelungen, eine Regelauslegung und eine Fortentwicklung des Regelwerks fürs internationale Geschäft, von denen sie sich Vorteile für die Konkurrenzposition ihres Standorts sowie für den Gebrauch ihres Kredits und ihrer Währung versprechen; und weil sie die Vorteile eines schlagkräftigen Regimes zu schätzen wissen, ringen sie immer wieder darum, sich *einig* zu werden. Als kompetente und verantwortliche *Weltordner* überprüfen sie den Rest der

Welt, aber auch einander auf wettbewerbsverzerrende Verfehlungen und sind bei Bedarf jederzeit mit dem Vorwurf bei der Hand, die jeweils anderen handelten nicht kapitalistisch systemgerecht, verstießen gegen Grundregeln des schieflich-friedlichen Verkehrs zwischen den Weltmarktteilnehmern und damit letztlich gegen den Grundkonsens der Souveräne über ihre weltwirtschaftliche Koexistenz. Je nachdem, welche Macht mit wie viel Nachdruck diesen Vorwurf erhebt, gehört er gar nicht bloß in das Reich der moralischen Rhetorik, sondern in das der diplomatischen Drohungen: Eine Regierung gibt bekannt, dass sie durch das Gebaren eines oder mehrerer Partner die Voraussetzungen und den wesentlichen Inhalt der wechselseitigen Anerkennung als verlässliche, der Marktwirtschaft verpflichtete Mitspieler im friedlichen Weltgeschäft verletzt sehen könnte. Solche Dinge sind letztlich gar nicht mehr auf der Ebene und mit den Mitteln handelsdiplomatischer Erpressung zu regeln, weil da der *Wille* gewisser Beteiligter in Zweifel gezogen wird, die Verfahrensregeln einzuhalten und die grundsätzlichen weltordnungspolitischen Festlegungen zu respektieren, unter denen ökonomische Sachzwänge und ein friedliches Erpressungswesen überhaupt nur verfangen. Dieser Übergang ins Grundsätzliche liegt deswegen tatsächlich immer nahe, weil die konkurrierenden Staaten in ihren Auseinandersetzungen um Exportbedingungen, Schuldenprobleme und gutes Geld dazu neigen, gar nicht bloß um relative Vor- und Nachteile zu rechten, sondern ihre Herrschaft über ihre ökonomische Basis selber, also die *Hoheit über die eigenen Existenzbedingungen* angegriffen zu sehen – was in gewisser Weise ja auch allemal der Fall ist: Die einen haben ihre politökonomische Souveränität als Geldschöpfer und Kreditausstatter ihres nationalen Kapitalismus im Prinzip bereits an die großen Weltfinanzmächte verloren und finden sich in ihrem zutiefst berechtigten Bemühen behindert, sich durch die Akkumulation eines redlich verdienten Devisenschatzes ein Stück wirtschaftliche Autonomie zu erobern. Die andern halten es bereits für eine enorm großzügige Konzession ihrerseits, wenn der Rest der Welt sich mit allen Mitteln darum bemüht, ihr Geld zu verdienen; sie leiten daraus ihr Recht ab, die Verwendung dieses Geldes durch andere zu kontrollieren, und sehen durch wirtschaftspolitische Eigenmächtigkeiten ihre Souveränität als Weltfinanzmächte gefährdet; untereinander pflegen sie zugleich eine Rivalität auf höchstem Niveau. Und in dem Maße, wie die Betroffenen mit ihrem Standpunkt ernst machen, andere würden sich an den *Rechten* vergreifen, deren

Respektierung sie zum Grundbestand eines friedlichen Umgangs der Staaten miteinander zählen, sehen sie sich durch einen *feindlichen* Willen als *höchste Gewalten* in ihrem eigenen *Friedenswillen herausgefordert*.

Man sieht: Nationen, die sich ausgerechnet Geld und Kapital zu ihrem Lebensmittel erkoren haben, taugen zu dem, was man ‚Völkergemeinschaft‘ nennt, nicht recht. Dieses Lebensmittel ist nicht zu haben und zu kultivieren, ohne dass die zuständigen politischen Gewalten, die wichtigsten zumal, es sich wechselseitig streitig machen. Dass sie einander als Geldquelle benutzen und brauchen, schließt den polemischen Umgang miteinander ein: Der *Internationalismus* des Geldes ist nichts anderes als die *Offensive* des *Nationalismus* des Geldes. Von dem lebt der moderne Imperialismus mit seinem Abschreckungsregime und seinen Kriegen – und umgekehrt.<sup>18)</sup>

18) Von den Konsequenzen handelt der Abschnitt *II. Die Konkurrenz der Nationen um überlegene Gewalt* des Artikels *Weltmarkt und Weltmacht in GegenStandpunkt 3-06*.